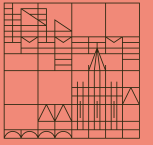


Inequality

magazin

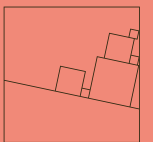
N°2

Universität
Konstanz



Wahrnehmung von Ungleichheit

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Wahrnehmung von Ungleichheit

*Das Forschungsmagazin
des Exzellenzclusters
„The Politics of Inequality“
an der Universität Konstanz*

- 6 Editorial**
- 38 Impressum**
- 42 News**
- 52 Perspektiven**

AUS UNSERER FORSCHUNG

8 Weder akkurat noch eingebildet: Diskriminierungswahrnehmungen von Zugewanderten (C. Diehl)

IM GESPRÄCH

12 Ungleichheit, Klima und Globalisierung. Interview mit Gabriele Spilker (P. Töbelmann)

SOZIALFORSCHUNG VISUELL

16 Bei Licht betrachtet. Schätzung von Ungleichheit mithilfe von Nachtlichtbildern (G. Theunissen, N. B. Weidmann)

AUS UNSERER FORSCHUNG

22 Geschlechterunterschiede in Beruf und Bezahlung: Die Frage der Gerechtigkeit (T. Hinz, S. Liebig, O. Brüggemann)

AUS UNSERER FORSCHUNG

26 Die verzerrte Wahrnehmung von Einkommen und sozialer Mobilität in der Gesellschaft (L. Bellani, N. Bledow)

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

30 Der lange Weg ins Feld. Wie man 3000 Jugendliche befragt (S. Garritzmann, K. Pomianowicz, N. Wehl)

IM WEITWINKEL

34 Der Blick auf die Nachbar*innen: Warum sich die meisten zur Mittelschicht zählen (K. Payne)

AUS UNSERER FORSCHUNG

36 „Es sind die Werte, die wir schaffen“. Ansichten zur Ungleichheit unter Spitzenverdiener*innen (K. Hecht)

LAUT GEDACHT

48 Ungleichheitsperspektiven in Zeiten der Krise (F. Rohrbeck)



Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Clusters.

Nils B. Weidmann ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft nicht-demokratischer Staaten an der Universität Konstanz und Co-Sprecher des Clusters.

Editorial

LIEBE LESER*INNEN

Deutschland hat gewählt – und wir haben den Wahlkampf im Netz, auf den Marktplätzen und am Fernseher gebannt mitverfolgt. Welche Probleme sind am dringendsten, welche Lösungen am überzeugendsten? Im Vorfeld von Wahlen wird besonders deutlich, wie wichtig der Abschnitt „Perceptions“ in unserem schon klassischen Feedback-Zirkel aus *Perceptions, Participation, Policies* ist: Wir untersuchen, wie Ungleichheit wahrgenommen wird, wann sie zu politischer Mobilisierung führt, und wie selektiv die Politik darauf reagiert – und damit objektive Ungleichheiten mit beeinflusst. Die Wahrnehmung von Ungleichheit ist vor allem dort wichtig, wo der Schritt von objektiven Problemlagen zu politischen Präferenzen von außen betrachtet wenig logisch erscheint. Warum werden politische Umverteilungsmaßnahmen oft nicht von denjenigen gefordert und unterstützt, die am meisten von ihnen profitieren würden? „Selbstinteresse“ ist dabei gar nicht so einfach zu identifizieren. Steuererklärungen passen eben nicht auf einen Bierdeckel, daher haben wohl auch die Berechnungen verschiedener Institute, welche Bevölkerungsgruppen von welchem Parteiprogramm am stärksten profitieren würden, im Vorfeld der Wahl viel Aufmerksamkeit erregt.

Die Wahrnehmung von Ungleichheit steht im Zentrum von Ausgabe 02 unseres *In_equality* magazins. Es zeigt einmal mehr, wie viel am Cluster geforscht, diskutiert und publiziert wurde – obwohl es auf unseren Gängen pandemiebedingt immer noch ruhiger zugeht als unter Normalbedingungen. Dafür kann man den Kolleg*innen zunehmend in Funk und Fernsehen begegnen. Unsere Kollegin Katrin Schmelz etwa hat mit ihrer Forschung zur Akzeptanz der COVID-19-Impfung neue Sichtbarkeit gesetzt.

Um zu untersuchen, wie schnell sich die Clusterräumlichkeiten wieder füllen, brauchen wir uns zum Glück nicht auf subjektive Wahrnehmungen zu verlassen. Unser objektiver Indikator ist verlässlich: der Kaffeeconsum im Cluster Café. Der ist steil angestiegen, und anders als bei der Impfkurve scheint hier noch kein Ende in Sicht. Natürlich freuen sich alle, dass der wissenschaftliche Austausch nicht länger an der Gunst funktionsnierender Internetverbindungen hängt. Darüber hinaus sind wir auch weiter gewachsen. Die Neuclusternden begrüßen wir in der News-Sektion namentlich – hier wollen wir unsere Clusterprofessorin Gabriele Spilker nennen, die ihre Ernennungsurkunde nebst Blumen bereits in Empfang nehmen konnte. Sebastian Kooß – den man auch in der Vergangenheit schon an der Kaffeemaschine treffen konnte – hat den Ruf auf eine weitere Clusterprofessur erhalten. Herzlich Willkommen, Gabi und Sebastian!

Wie es um die Außenwahrnehmung der Konstanzer Ungleichheitsforschung bestellt ist, zeigt sich gerade: Auf unseren Call for Papers für die *In_equality Conference* am 6.-8. April 2022 erhalten wir sehr viele Reaktionen. Wir freuen uns bereits darauf, aus den vielen guten Einreichungen die besten, interessantesten und innovativsten auszuwählen.

Auf ein Wintersemester voller Begegnungen und auf eine heißlaufende Kaffeemaschine freuen sich

Ihre und Eure
MARIUS R. BUSEMEYER,
CLAUDIA DIEHL &
NILS B. WEIDMANN



8

AUS UNSERER FORSCHUNG

Weder akkurat noch eingebildet: *Diskriminierungs- wahrnehmungen von Zugewanderten* (C. Diehl)

Zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund herrschen in vielen Bereichen ausgeprägte Ungleichheiten, etwa auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem. Wie sie sich erklären lassen, ist umstritten. Die Antworten unterscheiden sich auch nach der politischen Richtung, aus der die Diagnose kommt. Sie reichen von „die Kultur mancher Zuwanderergruppen ist schuld“ bis hin zu „ethnische Ungleichheit ist das Resultat von Diskriminierung und Rassismus“. Allerdings sind nach den vorhandenen Studien beide Erklärungsversuche nur begrenzt belegbar: Beispielsweise ist der Einfluss individueller Religiosität auf den Bildungserfolg auch bei Muslim*innen nur schwach ausgeprägt. Ethnische Diskriminierung und Rassismus wiederum sind in Deutschland zwar zweifelsohne vorhanden; sie leisten aber längst nicht den Beitrag zur Erklärung vorhandener Gruppenunterschiede wie etwa in den USA.

In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit, dass ethnische Ungleichheiten in Deutschland ihre Ursachen vor allem in strukturellen Faktoren haben: in dem hohen Anteil an Gering qualifizierten unter den ab den 1950er-Jahren Zugewanderten und der Weitergabe geringer Bildung von einer Generation zur nächsten. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, die Existenz von Diskriminierung kann bestritten werden. Sie ist durch sogenannte Audit-Studien oder die Identifikation ethnischer Benachteiligungen in statistischen Analysen vielfach belegt (siehe Infokasten „Ethnische Benachteiligungen analysieren“ auf Seite 11). Deren Ergebnisse sprechen dafür, dass Diskriminierung existiert, in Deutschland aber einen vergleichsweise moderaten Beitrag zur Erklärung ethnischer Ungleichheiten im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt leistet.

Beide Methoden – Audit-Studien wie statistische Analysen – haben Vor- und Nachteile, daher wird gerne eine dritte Informationsquelle herangezogen, wenn es um Diskriminierung geht: die Diskriminierungswahrnehmungen der Betroffenen selbst. Diese spiegeln allerdings nur teilweise „objektive“ Diskriminierungen wider, im Fachjargon: tatsächliche Exposure. Gerade in Gesellschaften, in denen Diskriminierung offiziell geächtet wird oder gar verboten ist, bleibt sie häufig subtil und ist daher für die Betroffenen schwer dingfest zu machen. Darum wird eine erfolglose Bewerbung um einen Job oder eine Wohnung häufig anderen Faktoren zugeschrieben, z. B. der überlegenen Konkurrenz. Umgekehrt lässt sich aber auch plausibel und selbstwertschonend auf Diskriminierung als die Ursache von Misserfolg verweisen.

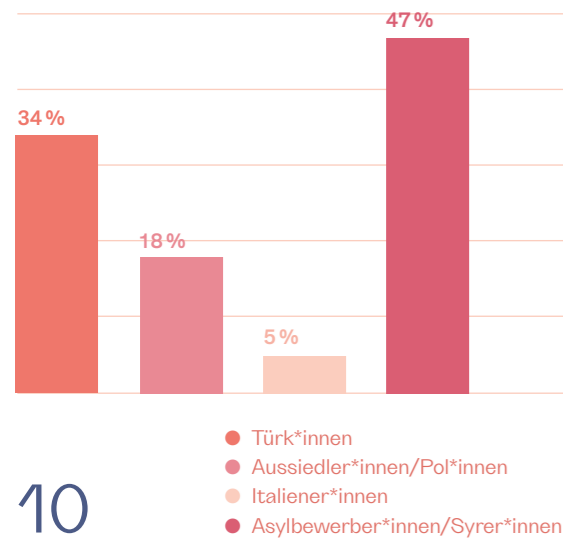
Das Ausmaß der wahrgenommenen Diskriminierung zeigt zudem, wie stark Ansprüche auf Gleichbehandlung ausgeprägt sind. Diese sind gerade bei denjenigen hoch, die sich in vielen Bereichen bereits „auf Augenhöhe“ mit Mehrheitsangehörigen befinden, die also etwa in Deutschland geboren, hoch gebildet und auf dem Arbeitsmarkt gut integriert sind. Unter diesen Umständen scheint nicht nur die Suche nach individuellen Ursachen für verbleibende Ungleichbehandlungen obsolet. Betroffene reagieren auch sehr sensibel auf Ungleichbehandlung. Wer etwa perfekt Deutsch spricht, bekommt Mikroaggressionen im Alltag eher mit. Die berüchtigte Frage: „Wo kommen Sie denn ursprünglich her?“ wird dann zu Recht als ausgrenzend empfunden.

Dies führt dazu, dass häufig diejenigen am meisten über Diskriminierung berichten, die nach allem, was wir wissen, objektiv eher weniger Diskriminierung erfahren – ein Phänomen, das in der →

9

Abbildung 1: Ablehnung von Zugewanderten als Nachbar*innen

„Wie angenehm oder unangenehm wären Ihnen ... als Nachbar*innen?“ Skala von 1 („sehr unangenehm“) bis 7 („sehr angenehm“). Anteile der Antworten zwischen 1 und 3.



10

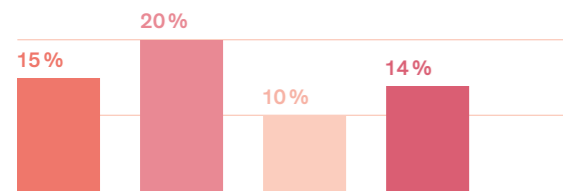


Abbildung 2: Diskriminierung von Zugewanderten

„Wie häufig werden ... in Deutschland unfair behandelt?“ Anteile der Antworten, die „häufig“ oder „sehr häufig“ lauten.

Literatur unter dem Stichwort „Integrationsparadox“ diskutiert wird. Auch in Deutschland lässt sich am Beispiel der wahrgenommenen Diskriminierung der eigenen Herkunftsgruppe zeigen, dass diese Wahrnehmungen eine sehr subjektive Komponente aufweisen, wie die Abbildung am Beispiel einer Befragung von Neuzugewanderten zeigt.

Geht man davon aus, dass es einen systematischen Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten gibt, wäre zu erwarten, dass die unbeliebtesten Gruppen am meisten Diskriminierung erfahren. In Deutschland werden etwa laut Daten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) Asylbewerber*innen und Türkeistämmige deutlich häufiger als Nachbar*innen abgelehnt als EU-Ausländer*innen oder Aussiedler*innen polnischer oder russischer Herkunft (siehe Abbildung 1). Bei den Neuzugewanderten ähnlicher Herkunftsgruppen, die wir im Rahmen des DFG-Projekts ENTRA (siehe Abbildung 2; mehr Informationen → <https://www.sociologie.uni.kn/diehl/forschung/forschungsprojekte/>) nach ihren Diskriminierungserfahrungen gefragt haben, sehen wir aber ein anderes Muster. Gerade Zugewanderte aus Syrien, die aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit und als Asylbewerber*innen vermutlich vergleichsweise viel Diskriminierung erleben, fühlen sich wenig diskriminiert – weniger etwa als die viel beliebteren Eingewanderten aus Polen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Diskriminierung auch in Deutschland existiert, ihr messbarer Einfluss auf ethnische Ungleichheit allerdings beschränkt ist. Individuelle Diskriminierungswahrnehmungen sind zwar oft hochgradig subjektiv, aber dennoch alles andere als folgenlos: Sie können den Wunsch nach Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft verringern, sie haben nachgewiesenermaßen negative Auswirkungen auf das physische und psychische Wohlbefinden – und natürlich sind sie ganz unabhängig von ihren Folgen ethisch inakzeptabel. Umso wichtiger ist es, das Zusammenspiel von faktischer Diskriminierung, Diskriminierungswahrnehmungen und anderen Ursachen für Ungleichheit besser zu verstehen. An diesem Thema lässt sich daher die Relevanz subjektiver Wahrnehmungen gut verdeutlichen, die in unserem Exzellenzcluster als Forschungsbereich „Wahrnehmung von Ungleichheit“ eine zentrale Rolle spielen: Wahrnehmungen sind zwar bisweilen verzerrt. Aber sie formen deshalb nicht weniger die soziale Realität. /



Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Clusters.

11

i

Ethnische Benachteiligungen analysieren

Politikwissenschaftler*innen untersuchen anhand administrativer Daten etwa die Diskriminierung bestimmter Herkunftsgruppen bei der Entscheidung über Einbürgerungsanträge oder die Vergabe von Visa (dazu hat der Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ unter dem Titel „Administrative Ungleichheit“ ein eigenes Projekt eingerichtet → <https://ungleichheit.uni.kn/forschung/projekte/administrative-inequality-the-case-of-foreign-nationals-in-germany/>).

Die soziologische und ökonomische Forschung untersucht Diskriminierung von Einwander*innen etwa auf dem Arbeitsmarkt häufig im Rahmen sogenannter Audit-Studien. Dabei werden ähnliche Lebensläufe, die sich nur im Hinblick auf die Herkunft der Bewerber*innen unterscheiden, an Unternehmen geschickt. Diesen Studien zufolge erfahren gerade Türkeistämmige in Deutschland Diskriminierung und müssen ca. 10–15 Prozent mehr Bewerbungen schreiben, wenn sie einen Job suchen. Bei bestimmten Gruppen liegen diese Werte höher, etwa bei Frauen, die im Bewerbungsbild Hijab tragen. Bestätigt werden diese Befunde in statistischen Analysen von Individualdaten

wie etwa dem sozio-ökonomischen Panel (SOEP) oder dem Mikrozensus. Sonstige Faktoren für Arbeitsmarkterfolg (v. a. Bildungsabschlüsse, aber auch Sprachkenntnisse) werden hier konstant gehalten. Gruppenunterschiede können daher als indirekte Hinweise auf das Vorliegen von Diskriminierung interpretiert werden. Die so nachgewiesenen ethnischen Benachteiligungen sind in Deutschland im internationalen Vergleich eher moderat ausgeprägt, lassen sich aber etwa bei Türkeistämmigen auch in der zweiten Generation noch finden. /

Ungleichheit, Klima und Globalisierung.

Interview mit Gabriele Spilker (Gespräch: P. Töbelmann)

12



Gabriele Spilker ist im Oktober 2021 als Professorin für International Politics – Global Inequality an den Cluster gekommen. In Konstanz wird sie eine Arbeitsgruppe aufbauen, die sich mit den Auswirkungen der Globalisierung und des Klimawandels auf Ungleichheitsverhältnisse beschäftigt, insbesondere in Ländern des globalen Südens. Im Interview erzählt sie von ihrer Forschung und ihren Plänen.

IN_EQUALITY Globalisierung, Klimawandel, Migration und Konflikt – und jetzt Ungleichheit. Vor den großen Fragen scheuen Sie nicht zurück, oder?

GABRIELE SPILKER Nein, bestimmt

nicht! Wenn man sich mit einem der Themen beschäftigt, die Sie genannt haben, dann beschäftigt man sich schnell mit allen. In meiner Dissertation habe ich untersucht, wie sich Globalisierungsprozesse darauf auswirken, ob Entwicklungsländer ihre Umwelt schützen können. Auch heute konzentriere ich mich noch auf diese zwei Bereiche: Internationale Wirtschaftsverflechtungen und Umweltschutz. Jetzt kommt die Ungleichheit als Schwerpunktthema hinzu; aber die war natürlich auch bisher schon ein wichtiger Bestandteil in den meisten meiner Veröffentlichungen.

Können Sie uns ein bisschen etwas über Ihre Forschung zur Globalisierung erzählen?

Da kommt die Ungleichheit sofort ins Spiel. Durch die Globalisierung entstehen insgesamt zwar Wohlfahrtsgewinne. Sie hat aber auch enorme redistributive Effekte: Manche Gesellschaftsgruppen profitieren stark, während andere zu „Globalisierungsverlierer*innen“ werden. Ich untersuche, wie Menschen in verschiedenen Teilen der Welt das wahrnehmen. Um individuelle Einstellungen zu messen, führen wir vor allem Survey-Experimente in verschiedenen Ländern durch, darunter sind Costa Rica, Vietnam, Deutschland und die USA. Mithilfe dieser Daten können wir besser verstehen, wie Einstellungen zur Globalisierung mit Faktoren wie dem Wohlfahrtsstaat, Umweltschutz oder sozialen Standards zusammenhängen. →

13

Und was beobachten Sie?

In Europa finden wir, was Globalisierungsfolgen angeht, häufig Skepsis und Ablehnung. Selbst dort, wo wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen „Verlierer*innen“ auffangen können, und sogar bei denjenigen, die klar ökonomisch profitieren, werden die Folgen der Globalisierung für Umwelt, Arbeitsbedingungen, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt skeptisch gesehen. In südlichen Ländern ist das etwas anders. Auch dort gibt es Skepsis und Zukunftsangst, aber Dinge wie große Handelsabkommen oder Migration aus wirtschaftlichen Gründen werden oft positiv konnotiert und als Chance begriffen.

Welche Rolle spielt der Klimawandel in Ihrer Forschung?

Der Klimawandel trifft Länder und Regionen sehr unterschiedlich. Genau diejenigen Länder, deren Bewohner*innen ihn am wenigsten mit verschulden, bekommen die schwersten Folgen ab, dabei sind sie ohnehin wirtschaftlich schwächer. Auch innerhalb der Länder sehen wir starke Unterschiede. Wir untersuchen, wer sich an Umweltveränderungen anpassen kann und wer nicht. Gerade diejenigen, die sich nicht anpassen können, haben oft auch nicht die Ressourcen, um den Effekten des Klimawandels durch Migration auszuweichen. So verstärken Umweltveränderungen soziale und ökonomische Ungleichheit noch.

Außerdem fragen wir nach den Reaktionen der Menschen, wenn viele Eingewanderte bei ihnen ankommen. Das sind übrigens meist Landsleute, denn Umweltveränderungen resultieren eher in Binnen- als in grenzüberschreitender Migration. Auch hier gibt es wieder Unterschiede zwischen Nord und Süd. In Europa wird die Einwanderung „unschuldiger“ Opfer der Umstände eher als legitim wahrgenommen. In Kenia und Vietnam zum Beispiel haben wir dagegen

gefunden, dass Migration aus Wirtschaftsgründen sehr akzeptiert ist. Junge Migrierte mit guter Ausbildung und Integrationswillen werden besonders positiv gesehen.

Ihre Forschungsfragen sind zugleich einige der großen sozialen und politischen Grundfragen unserer Zeit. Welchen Beitrag kann Forschung hier leisten?

Einen großen – das glaube ich als Wissenschaftlerin wie als Privatperson. Ich erforsche, wie die Dinge sind, und war lange überzeugt, dass man die normative Frage, wie sie sein *sollten*, strikt davon trennen muss. Aber inzwischen glaube ich, dass man das Normative eben nicht immer heraushalten kann. Oder sollte! Das gilt besonders in meinem Forschungsfeld: Ich sehe die Klimakrise als so dringliche Herausforderung, dass ich mich als Forscherin auch gesellschaftlich engagiere und bei den Scientists for Future aktiv bin.

Es ist furchtbar schwierig, komplexe Zusammenhänge in einfache, breit verständliche Botschaften zu packen. Aber gerade die Politikwissenschaft kann sich hier einbringen. Denn beim politischen Umgang mit der Klimakrise wird es Gewinner*innen und Verlierer*innen geben. Und es wird uns als Gesellschaft auszeichnen, wie wir mit den Verlierer*innen umgehen. Darauf bietet meine Forschung einen Vorgeschmack: Ungleichheit, die die Globalisierung schon mit sich gebracht hat, werden wir in weit höherem Maße durch die Umweltveränderung erleben.

Warum haben Sie sich für Konstanz entschieden?

Es geht für mich „back to the roots“, ich habe ja hier studiert und weiß: Im deutschsprachigen Raum gibt es einfach nicht viele Fachbereiche, die einen quantitativen und empirisch-analytischen Forschungsansatz in dieser Qualität betreiben.

Konstanz sticht mit vielen tollen Forschenden heraus, das ist unglaublich attraktiv. Ich nenne hier jetzt mal keine Namen... (*lacht*) aber es ist eine längere Liste. Auch die Studierendenschaft ist unheimlich motiviert, es ist ein Luxus, solche Studierenden unterrichten zu dürfen. In Salzburg habe ich jetzt sehr glückliche Jahre verbracht, mit wunderbaren Kolleg*innen, aber an dem relativ kleinen Fachbereich dort hat man manche Möglichkeiten nicht in dem Maße. Ich freue mich unheimlich auf die Zusammenarbeit im großen Verbund: Hier arbeiten so viele Leute an einem großartigen Thema zusammen, das ist eine tolle Perspektive. Deshalb freue ich mich, nach Konstanz zu kommen – und habe auch nicht vor, hier noch einmal wegzugehen!

Was wollen Sie hier in den nächsten Jahren unternehmen und bewegen?

Vor allem den Klimaaspekt in die Konstanzer Ungleichheitsforschung hineinbringen. Der hat bisher ein klein wenig gefehlt und ist dafür viel zu wichtig. Bei Fragen zu Ungleichheit, Migration und Konflikt im globalen Süden gibt es gute Anknüpfungspunkte zu den Kolleg*innen hier, und natürlich bei Einstellungs- und Wahrnehmungsfragen. Außerdem will ich gern meine Vernetzung in die USA, in die Schweiz und nach Österreich mit Konstanz verknüpfen. An der Uni Salzburg bin ich noch Teil eines Jean-Monnet-Netzwerkes zu transatlantischen Handelsfragen, das will ich auch für einige Jahre weiterführen.

Wenn Sie es sich frei aussuchen könnten, was wäre Ihr Traumforschungsprojekt?

Welche Unterstützung durch beispielsweise Entwicklungshilfegeber*innen benötigen und wollen die von der Klimakrise Betroffenen im globalen Süden wirklich? Wie kann man solche Hilfen am besten implementieren? Das würde ich mit viel Ressourcen und viel Zeit gern besser verstehen. Und ich würde unheimlich gern wieder mehr ins Feld gehen, mir vor Ort ein Bild machen und nicht nur von Europa aus forschen. /

„Beim politischen Umgang mit der Klimakrise wird es Gewinner*innen und Verlierer*innen geben. Und es wird uns als Gesellschaft auszeichnen, wie wir mit den Verlierer*innen umgehen.“

SOZIALFORSCHUNG VISUELL

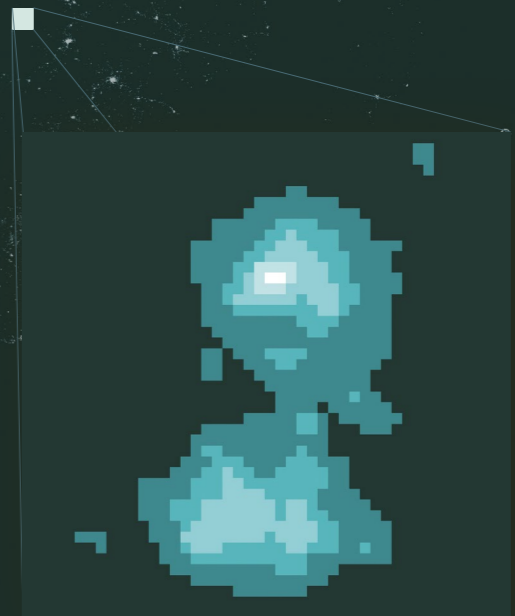
Bei Licht betrachtet.
*Schätzung von Ungleichheit
 mithilfe von Nachtlicht-
 bildern* (G. Theunissen, N. B. Weidmann)

**Nachtlicht-
emissionen im
Jahr 2012**

Bilder wie dieses werden aus der Kombination monatlicher Aufnahmen gewonnen. So werden Fehlerquellen reduziert, beispielsweise der Einfluss nicht-stetiger Lichtquellen wie Buschfeuer.

Die benachbarten Bergbaustädte Kansanshi (nördlich gelegen, im Bild der obere helle Fleck) und Solwezi (südlich, unterer heller Fleck) in Sambia bei Nacht. Deutlich sichtbar sind die einzelnen Pixel des Nachtlichtbildes. Jedes Pixel zeigt den Emissionswert am jeweiligen Ort: Hellere Farben entsprechen höheren Lichtemissionen.

Kansanshi

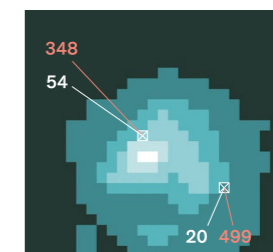


Die Ungleichheitsforschung interessiert sich für nationale Indikatoren wie den berühmten Gini-Koeffizienten eines Landes, der das Ausmaß der Einkommensungleichheit angibt. Aber häufig muss sie auch messen, wie ungleich die Verhältnisse auf lokaler Ebene sind – innerhalb einer Region, einer Stadt, sogar eines Dorfes. Diese Daten sind vor Ort oft schwer zu erheben, insbesondere in Ländern des globalen Südens. Deshalb arbeiten Gerlinde Theunissen und Nils B. Weidmann an einer Methode, Ungleichheit vom Weltall aus zu messen.

18

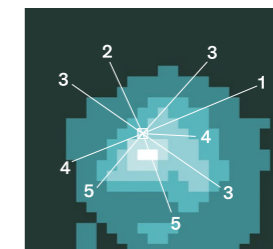
19

Jedes Pixel entspricht einer bestimmten Fläche (hier: im Ort Kansanshi). Der Nachtlichtwert dieser Fläche ist in Weiß dargestellt. Den gleichen wir hier mit der geschätzten Bevölkerungszahl (in Orange) auf derselben Fläche ab. Aus unserer bisherigen Forschung wissen wir: Mehr Licht-



emission pro Person geht mit höherem Wohlstand einher. Damit können wir aus den Pixeln eines Ortes ein lokales Maß von Ungleichheit berechnen.

Woher wissen wir, dass unsere Nachtlichtmessung tatsächlich Ungleichheit messbar macht? Für die Überprüfung der Methode – die Bestätigung, dass sie realistische Ergebnisse misst, anhand unabhängiger Quellen – ziehen wir einen Wohlstandsindex aus den Demographic and Health Surveys (DHS) heran, einem international finanzierten Programm, das Bevölkerungs-, Entwicklungs- und Gesundheitsdaten erhebt. Der DHS-Wohlstandsindex misst den sozio-ökonomischen Status jedes Haushalts auf einer Skala von 1 bis 5. Aus den Werten der Haushalte einer Nachbarschaft (=ein Pixel) können wir die lokale Ungleichheit schätzen und sie mit den Ergebnissen unserer Nachtlichtmessungen abgleichen. So können wir bestimmen, wie genau unsere Methode Ungleichheit misst. →



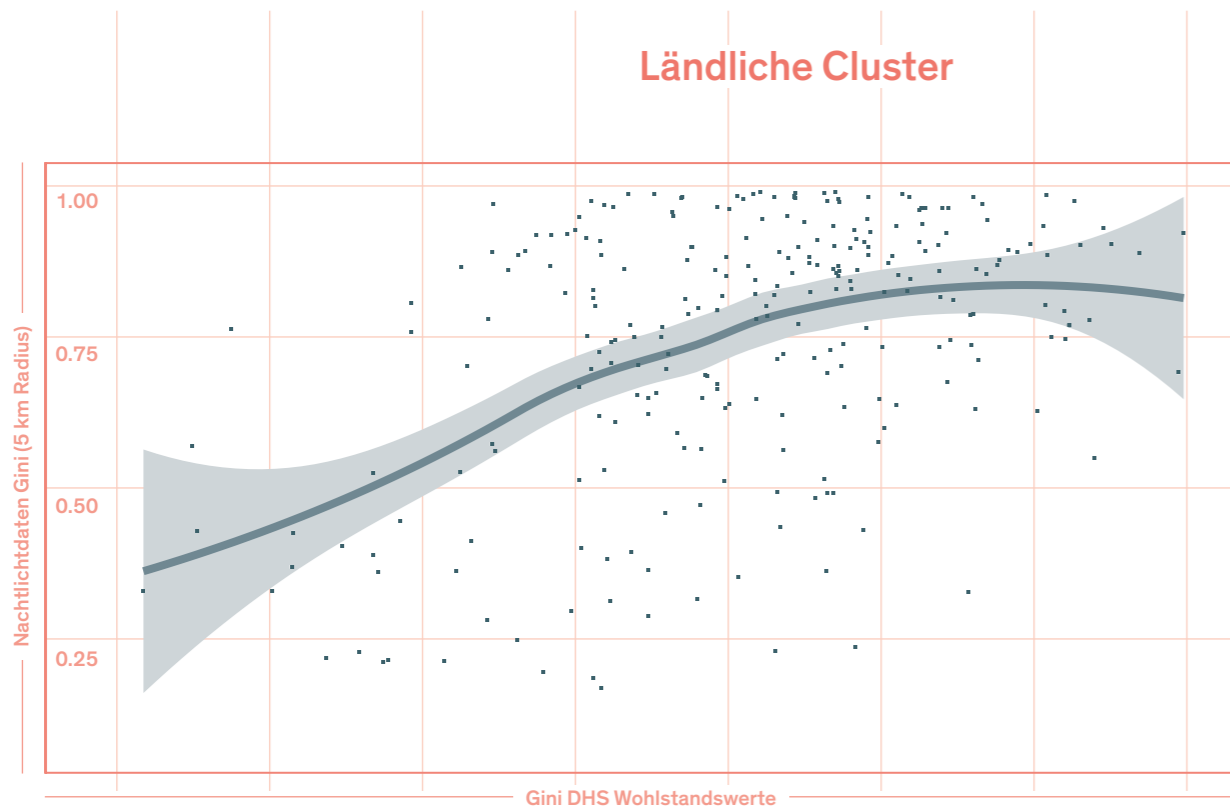
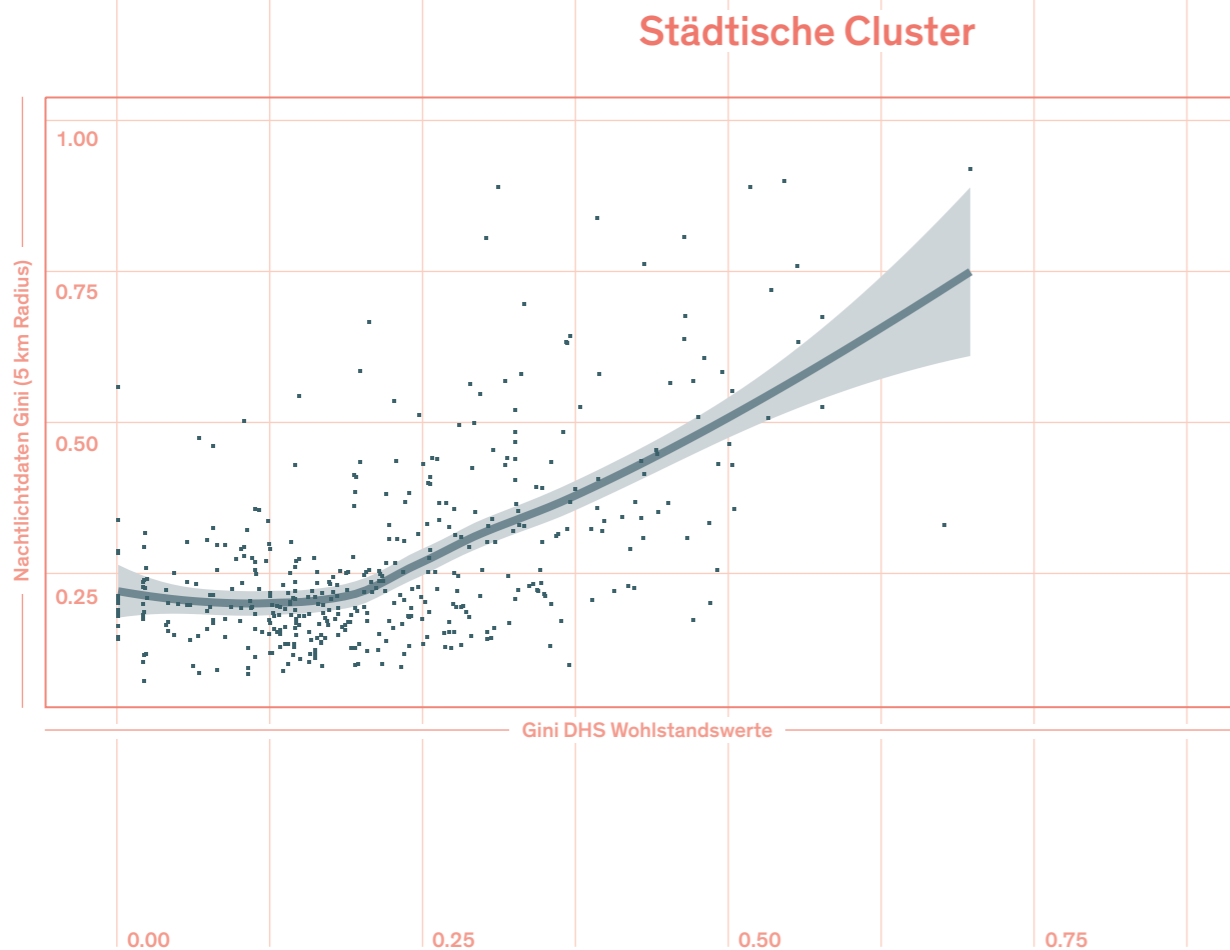


Abbildung 1: Streudiagramm



Wie passen die Ungleichheitsschätzungen aus den DHS-Daten mit unseren Nachlichtergebnissen zusammen? Wir sehen einen klaren Zusammenhang: Wo die Ungleichheit laut DHS-Werten höher ist, findet auch die Nachlichtmethode höhere Ungleichheit. Außerdem ist zu sehen, dass in ländlichen Regionen tendenziell höhere Ungleichheit herrscht als in städtischen – und zwar sowohl bei den umfrage- als auch den nachlichtbasierten Schätzungen.



Nils B. Weidmann ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft nicht-demokratischer Staaten an der Universität Konstanz und Co-Sprecher des Clusters.



Gerlinde Theunissen ist Independent Doctoral Fellow am Cluster und erforscht die Zusammenhänge zwischen Politik, demografischem Wandel und ökonomischer Entwicklung.

Ausblick von oben
Wie weit über den Dingen die Satelliten auch zu schweben scheinen: Sie erlauben uns den Blick aus der Nähe. Was können wir also mit diesen Daten machen? Die Forschung in Ländern des globalen Nordens hat ergeben, dass die meisten Menschen zwar Schwierigkeiten haben, nationale ökonomische Verteilungen einzuschätzen. Die lokale ökonomische Lage dagegen nehmen sie sehr genau wahr und schließen von ihr auf Ungleichheiten in größerem Maßstab. Die Wahrnehmung der Ungleichheit beeinflusst ihre politischen Meinungen und Handlungen.

Diese Forschung wollen wir auf Länder des globalen Südens ausweiten und untersuchen, wie sich Ungleichheiten vor Ort auf Proteste und politische Präferenzen in afrikanischen Ländern auswirken. Und diese lokalen Ungleichheiten können wir anhand der Nachlichtemissionen jetzt auch in Ländern messen, in denen flächendeckende direkte Befragungen nur mit sehr großem Aufwand durchzuführen wären. Mittelbar erlaubt uns die Ungleichheitsschätzung durch Nachlichtmessung also zu untersuchen, wie die Menschen politisch auf Ungleichheiten reagieren, die sie in ihrer alltäglichen Umgebung erleben und beobachten. /



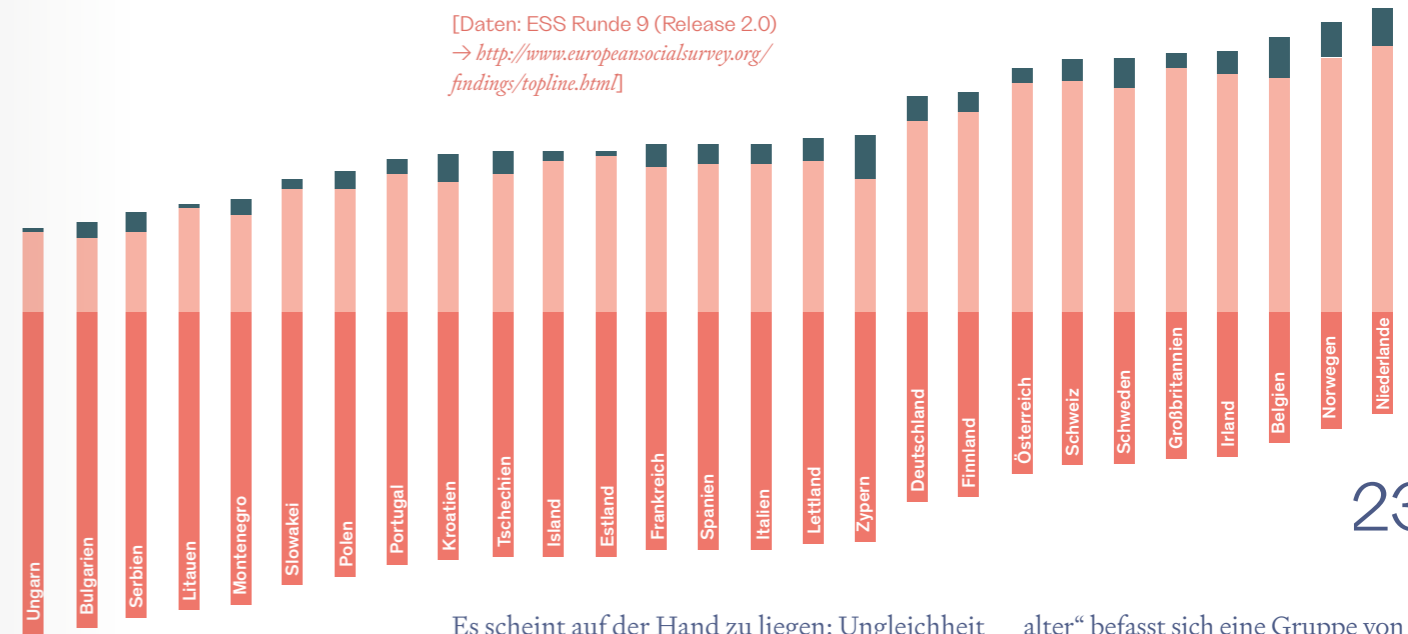
AUS UNSERER FORSCHUNG

Geschlechterunterschiede in Beruf & Bezahlung: *Die Frage der Gerechtigkeit* (T. Hinz, S. Liebig, O. Brüggemann)

Abbildung 1: Gerechtigkeit des eigenen Bruttoeinkommens aus Arbeit in Europa.
 „Würden Sie sagen, dass Ihr Bruttoloohn ungerecht niedrig, gerecht oder ungerecht hoch ist?“

- unterbezahlt
- gerecht bezahlt
- überbezahlt

[Daten: ESS Runde 9 (Release 2.0)
 → <http://www.europeansocialsurvey.org/findings/topline.htm>]



Es scheint auf der Hand zu liegen: Ungleichheit wird sehr unterschiedlich wahrgenommen – je nachdem, welche Vorstellung von Gerechtigkeit der eigenen Bewertung zugrunde liegt. Hohe Ungleichheit bei Löhnen und Gehältern zum Beispiel kann gerechtfertigt erscheinen, wenn sie individuelle Anstrengungen und Leistungen angemessen widerspiegelt. Gerade im marktwirtschaftlichen Austausch ist das Prinzip der Chancengerechtigkeit weithin akzeptiert. Was aber geschieht, wenn in einer Gesellschaft, die sich als Leistungsgesellschaft versteht, eine systematische Ungleichheit in der Bezahlung unterschiedlicher Gruppen nachweisbar ist – etwa bei der Kategorie Geschlecht, die Arbeitsmarktteilnehmende in Frauen und Männer teilt? Obwohl die „Gender-Revolution“ (Paula England) die gewaltigen Unterschiede im Bildungsniveau und in der Erwerbsbeteiligung nivelliert hat, halten sich die verbleibenden geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Bruttoloohn (selbst nach Bereinigung um Faktoren wie Bildung und Ausbildung) in vielen Ländern relativ hartnäckig. Gibt es Belege dafür, dass diese anhaltende Gender Pay Gap als „gerecht“ bewertet wird – angesichts der unterschiedlichen Berufe, Arbeitszeiten und Erfahrungen von Frauen und Männern? Und vor allem: Gibt es bei dieser Bewertung einen Unterschied zwischen den Geschlechtern?

In einem laufenden Forschungsprojekt des Clusters mit dem Titel „Wahrnehmung von ungleicher Bezahlung nach Geschlecht und Dienst-

alter“ befasst sich eine Gruppe von Soziolog*innen und Ökonom*innen mit geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Bewertung ungleicher Bezahlung mit einem deutlich erweiterten Fokus (mehr zum Projekt unter → <https://inequality.uni.kn/research/projects/perceptions-of-wage-inequality/>).

Als ersten Schritt beim Aufbau des Projekts hat sich ein Teil des Forscher*innenteams speziell eine Frage vorgenommen: Als wie „fair“ kann ein Gender Pay Gap überhaupt beurteilt werden? Zu ihrer Beantwortung haben sie mit Kolleg*innen am Sozio-oekonomischen Panel (SOEP/DIW) zusammengearbeitet und die umfassenden Datensätze des European Social Survey (ESS; siehe Abbildung 1) ausgewertet. Die Antworten auf die Befragung zeigen, dass osteuropäische Länder den höchsten Anteil an Befragten aufweisen, die sich als unterbezahlt empfinden (in Ungarn sind es bis zu 80 Prozent), gefolgt von den südeuropäischen Ländern. In Mittel- und Nordeuropa hingegen ist der Anteil der Befragten am höchsten, die ihre Bezahlung als gerecht empfinden; in den Niederlanden sind dies bis zu 65 Prozent. →

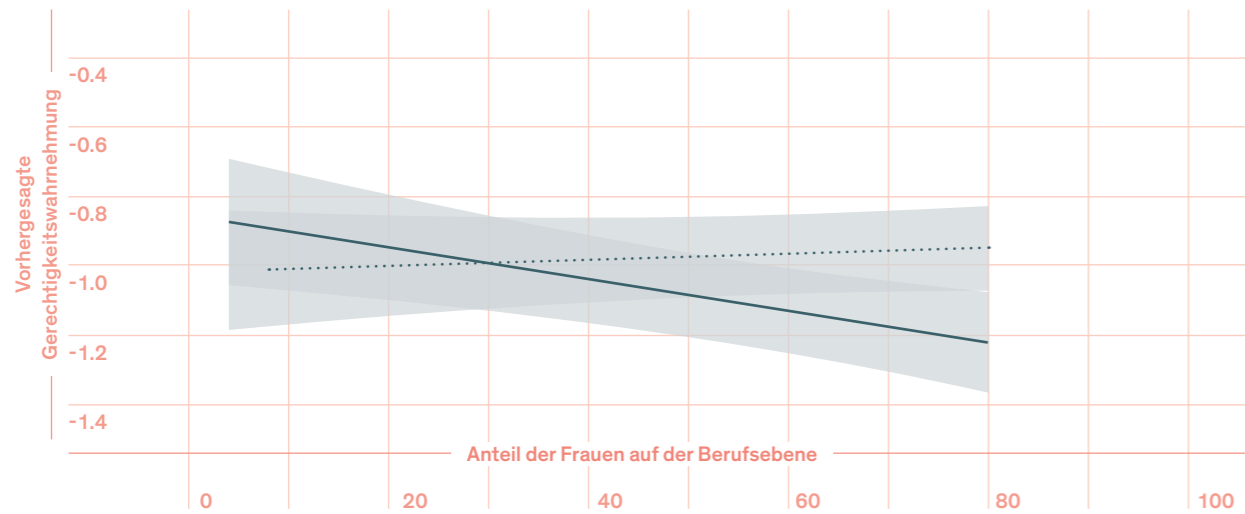


Abbildung 2: Auswirkungen des Frauenanteils auf die Wahrnehmung gerechter Bezahlung

Gerechtigkeitsempfinden hängt vom Frauenanteil ab: Je mehr Frauen in einem

Beruf arbeiten, desto weniger gerecht fühlen sie sich bezahlt. Bei männlichen Befragten hat der Frauenanteil keine starken Auswirkungen auf die Gerechtigkeitsempfindung.

● Konfidenzintervall (95 % statistische Sicherheit der Befunde)
 — weibliche Befragte
 männliche Befragte

Und nach Geschlecht? Bewerten Frauen ihre geringere Bezahlung möglicherweise als weniger ungerecht? Die Auswertung der Daten spricht für eine höhere Unzufriedenheit von Frauen bei der Bewertung ihres Bruttoeinkommens. Dies gilt für die meisten Länder – und für fast alle Berufe. Frauen bewerten ihr Gehalt systematisch deutlich häufiger als Männer als „ungerechterweise zu niedrig“. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu früheren Untersuchungen, die ein „Paradox der zufriedenen Mitarbeiterin“ nachgewiesen hatten: Frauen seien diesem zufolge eher mit ihrer Arbeit und Bezahlung zufrieden, selbst wenn sie bei gleicher Leistung weniger verdienen.

Diese Wahrnehmung von Ungerechtigkeit ist nicht für alle Gruppen gleich, die Unterschiede sind erheblich – aber warum? Unsere Forschung erlaubt eine Antwort: Wie sehr die Bezahlung als ungerecht wahrgenommen wird, hängt davon ab, ob ein Beruf überwiegend von Frauen oder von Männern ausgeübt wird. In Berufsgruppen mit geringem Frauenanteil neigen weibliche Beschäftigte sogar dazu, ihre Bezahlung als „zu hoch“ zu bewerten (statistisch ist dies allerdings nicht signifikant). Erreicht der

Frauenanteil die Hälfte (50 Prozent und höher), kehrt sich die Situation um. Frauen in diesen Berufen bewerten ihre Bezahlung als zu niedrig – je höher der Frauenanteil in einer Berufsgruppe, desto größer die Unzufriedenheit (s. Abbildung 2).

Zusammengenommen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Frauen ein ausgeprägtes und weit verbreitetes Bewusstsein haben, „ungerechterweise“ zu niedrig bezahlt zu werden – insbesondere in Berufsfeldern mit hohem Frauenanteil. Es hat viele Jahre gedauert, bis die geschlechtsspezifische Lohn(un)gleichheit auf die politische Agenda kam und politische Institutionen wie die EU eine Regulierung der Lohntransparenz versprochen. Doch heute sprechen Frauen, die schlechter bezahlt werden als Männer, offen über ihr Gefühl, ungerecht behandelt zu werden – unabhängig von ihrem Alter, ihrer Ausbildung und ihrer Erfahrung.

Die Umfragedaten lassen eine entscheidende Frage offen: Was dient als Referenzrahmen – mit wem vergleichen sich die Befragten? Sind es Bezugspersonen des gleichen Geschlechts, Bezugspersonen des jeweils anderen Geschlechts, Beschäftigte auf Unternehmensebene, Beschäftigte der Berufsgruppe im Allgemeinen? Auch wenn Frauen heute stärker davon überzeugt sind, ungerechterweise zu niedrig bezahlt zu werden, könnte es sogar sein, dass sie immer noch zu wenig fordern, um die Gender Pay Gap auszugleichen.

Die Wahrnehmung von Pay Gaps hängt wie ausgeführt vom Arbeitskontext ab, vor allem vom Frauenanteil in den Berufsgruppen. In vielen europäischen Ländern werden bereits Anstrengungen unternommen, die typischen Entscheidungen von Männern und Frauen über ihre Berufswege neu auszubalancieren.

Die Wahl des Studienfachs in der Hochschulbildung spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Würden Gender Pay Gaps als weniger ungerecht wahrgenommen, wenn die berufliche Segregation sich künftig verringern würde? Aufgrund unserer Befunde lohnt es sich zumindest, darüber nachzudenken. Allerdings ist auch die Wahrnehmung weit verbreitet, dass der Gender Pay Gap Frauen ganz unabhängig von den Ursachen ungerecht benachteiligt. Und es mag sich ergeben, dass diese Wahrnehmung letztlich den Weg bereitet, den Pay Gap in Zukunft ganz zu schließen. /



Stefan Liebig ist Professor für Empirische Sozialstrukturanalyse an der Freien Universität Berlin und Direktor des Sozioökonomischen Panels.



Thomas Hinz ist Professor für Empirische Sozialforschung an der Universität Konstanz und ein Principal Investigator des Clusters.



Ole Brüggemann ist Doktorand am Cluster und forscht zu Ungleichheitswahrnehmung und Arbeitsmarktsoziologie.

AUS UNSERER FORSCHUNG

Die verzerrte Wahrnehmung von Einkommen und sozialer Mobilität in der Gesellschaft

(L. Bellani, N. Bledow)

26 Wie sehen die Menschen in Deutschland ihr eigenes Einkommen, ihren Wohlstand und ihre Chancen im Vergleich zu denen anderer? Und wie hängen diese Sichtweisen mit ihrer Wahrnehmung von Ungleichheit und sozialer Mobilität in der Gesellschaft insgesamt zusammen? Luna Bellani und Nona Bledow untersuchen die Wahrnehmung zahlreicher Aspekte von Ungleichheit und sozialer Mobilität. Ihr Ziel: ein „Ungleichheitsbarometer“ zur Messung des Ungleichheitsdrucks in Gesellschaft und Politik.

Ungleichheit wird im öffentlichen Diskurs in Deutschland als drängendes gesellschaftliches Problem betrachtet – viele Menschen halten die Ungleichheit für zu hoch. Anzeichen für ein wachsendes Protest- oder Mobilisierungspotenzial gibt es jedoch kaum. Ein Grund für dieses Phänomen liegt möglicherweise in der Diskrepanz zwischen dem, was die tatsächlichen Indikatoren für Ungleichheit und soziale Mobilität anzeigen, und der Art und Weise, wie Ungleichheit wahrgenommen wird. Bei der Analyse von Ungleichheit und sozialer Mobilität müssen wir daher auch explizit die Wahrnehmung untersuchen.

Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit Marius R. Busemeyer und Guido Schwerdt das Projekt „Ungleichheitsbarometer“ ins Leben gerufen (mehr über das Projekt unter <https://inequality.uni.kn/topics/tbe-inequality-barometer/>). Wir fragen Menschen, wie sie ihre eigene Situation wahrnehmen, wie hoch (oder gering) sie Ungleichheit und soziale Mobilität in der Gesellschaft insgesamt einschätzen und welche Situation sie sich wünschen. Unser Ziel ist es, ein klares Druckmessgerät für die Gesellschaft zu erstellen, das gleichzeitig ein umfassendes Bild vermittelt und möglichst viele verschiedene Aspekte berücksichtigt. In der ersten Welle des Barometers wurden im Herbst 2020 mehr als 6.000 Personen

befragt; weitere Wellen werden in regelmäßigen Abständen folgen. Wie also wird die Ungleichheit in Deutschland von der Bevölkerung wahrgenommen? Im Folgenden skizzieren wir unsere wichtigsten Ergebnisse.

Persönlicher Optimismus bedeutet gesellschaftlichen Optimismus

Zunächst möchten wir wissen, wie die Menschen ihre eigene Einkommensposition einschätzen. Wo verorten sie sich im Vergleich zu anderen? Die Antwort: in der Mitte. Ärmere Menschen neigen dazu, ihre Position zu überschätzen, und halten sich im Vergleich zu anderen für reicher, als sie es tatsächlich sind. Reichere Menschen hingegen unterschätzen ihr relatives Einkommen erheblich. Insbesondere für arme Menschen kann dies bedeuten, dass sie nicht so leicht zur Unterstützung einer Umverteilungspolitik zu bewegen sind, obwohl sie am meisten davon profitieren würden. Darüber hinaus nehmen arme Menschen, die ihre eigene Situation eher optimistisch einschätzen, auch weniger Ungleichheit in der Gesellschaft insgesamt wahr (siehe Abbildung 1). Der umgekehrte Fall scheint bei den reicheren Befragten mit mittlerem und höherem Einkommen nicht vorzuliegen. →

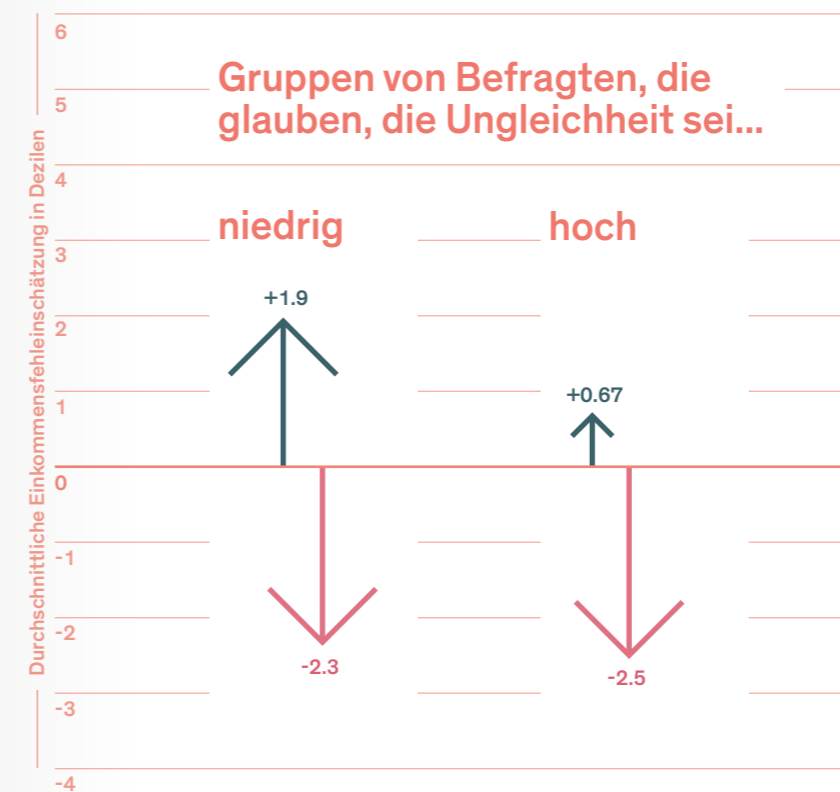


Abbildung 1: Durchschnittliche Einkommensfehlschätzung
Fehlschätzung des eigenen Einkommens in Zehn-Prozent-Schritten (Dezilen).

- Befragte unterhalb des Median-Einkommens
- Befragte mit Median-Einkommen oder darüber



Luna Bellani ist Ökonomin. Sie ist Principal Investigator am Cluster und leitet eine Forschergruppe.



Nona Bledow ist Promovierende am Cluster. Sie arbeitet zu vergleichender politischer Ökonomie und zum Wohlfahrtsstaat.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich bei der Wahrnehmung der sozialen Mobilität. Wir haben die Menschen gefragt, ob sie glauben, dass die Mehrheit der Kinder aus Familien, die zu den ärmsten 20 Prozent gehören, als Erwachsene in der Lage sein werden, aufzusteigen. Im Durchschnitt schätzen diejenigen, die glauben, dass Kinder aus armen Familien gute Chancen haben, mehr zu erreichen als ihre Eltern, ihre eigene Einkommensposition am optimistischsten ein. Auch hier gilt, dass dieser „Optimismus-Link“ bei den Armen zu finden ist, nicht aber bei Personen mit mittlerem und höherem Einkommen.

Vergleicht man die Ansichten zu Ungleichheit und sozialer Mobilität, so bleiben sich die Menschen auch diesbezüglich in ihrem Optimismus bzw. Pessimismus treu: Je größer sie die Kluft zwischen Arm und Reich einschätzen, desto geringer bewerten sie die Chancen auf einen Aufstieg. Dies zeigt sich deutlich für die Einkommensungleichheit und noch deutlicher für die wahrgenommene Vermögensungleichheit (siehe Abbildung 2).

Einkommensungleichheit wird wahrgenommen als... Vermögensungleichheit wird wahrgenommen als...

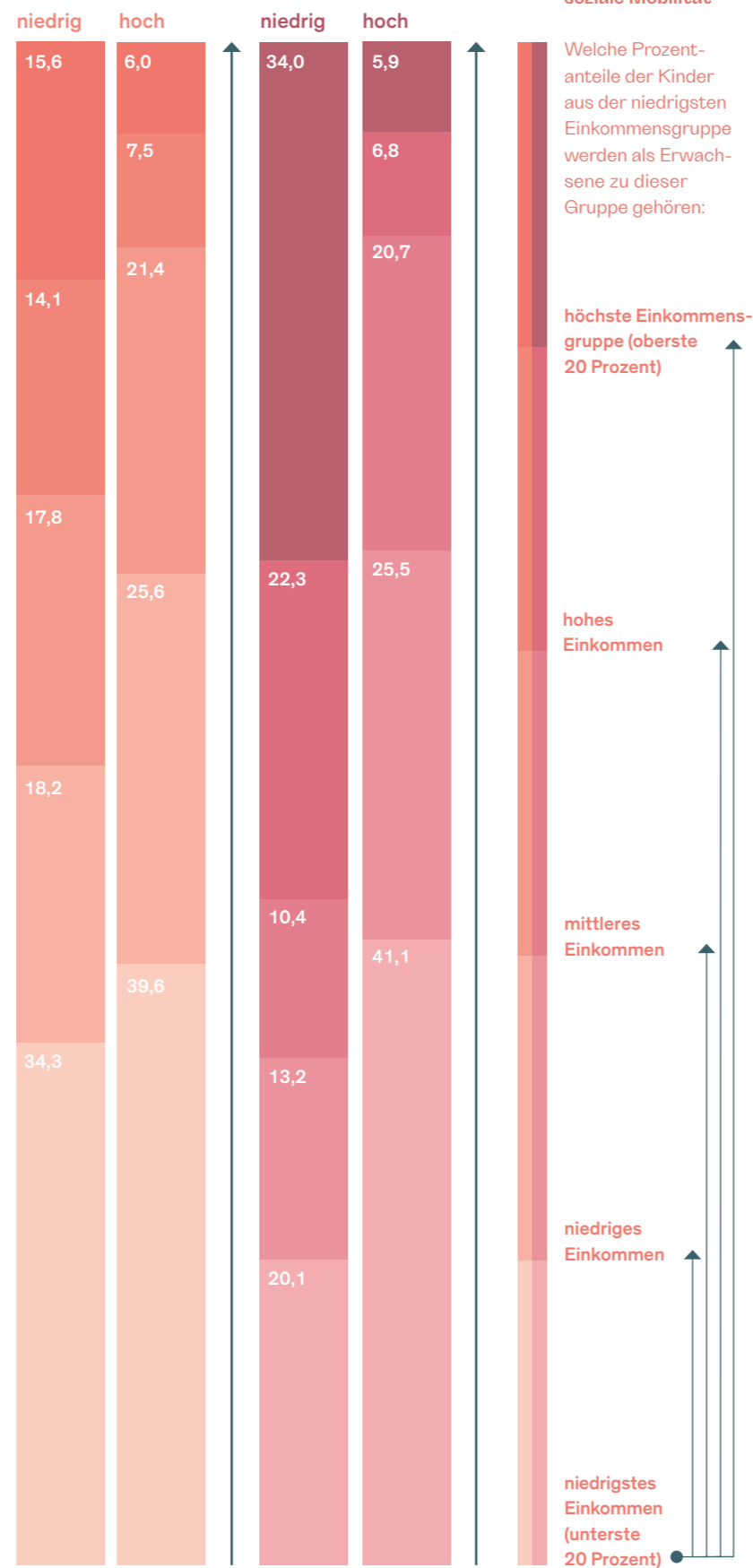


Abbildung 2: Wahrgenommene soziale Mobilität

Welche Prozentanteile der Kinder aus der niedrigsten Einkommensgruppe werden als Erwachsene zu dieser Gruppe gehören:

höchste Einkommensgruppe (oberste 20 Prozent)

hohes Einkommen

mittleres Einkommen

niedriges Einkommen

niedrigstes Einkommen (unterste 20 Prozent)

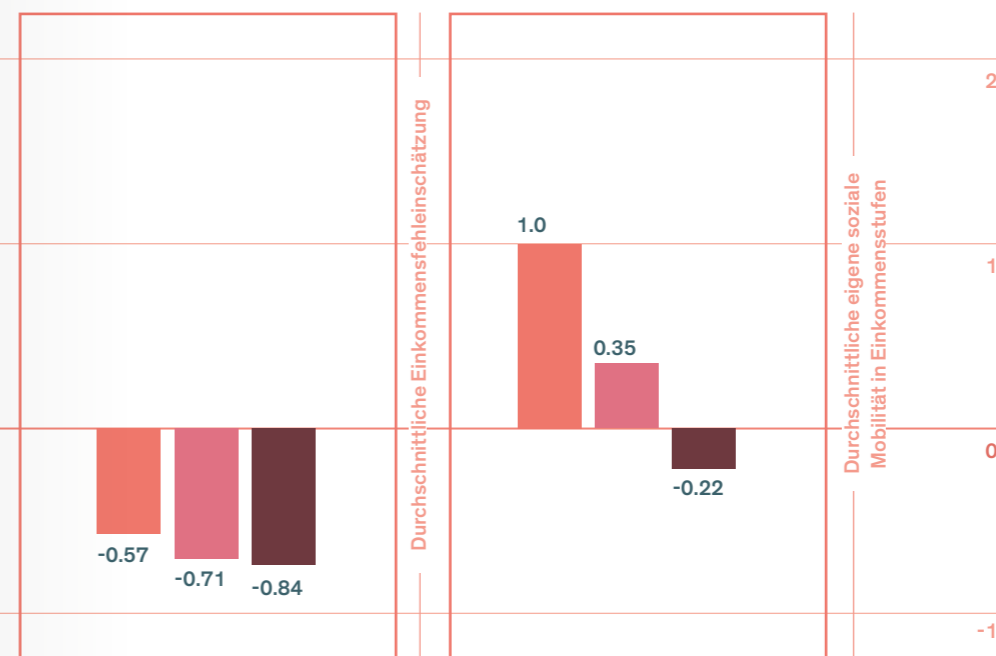


Abbildung 3: Die Sicht auf Ungleichheit. Die egalitäre oder nicht-egalitäre Einstellung der Befragten zu Ungleichheit hängt mit ihrer Einkommensfehlschätzung zusammen (links), aber auch damit, wieviel soziale Mobilität sie selbst erlebt haben (rechts).

Befragte mit...
 ● ...nicht-egalitärer Einstellung
 ● ...neutraler Einstellung
 ● ...egalitärer Einstellung

Wahrnehmung der eigenen Situation und normative Überzeugungen

Es scheint, dass die Wahrnehmung der eigenen Situation und die Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Ungleichheiten zusammenhängen. Mehr noch: Es scheint, dass die Wahrnehmung der eigenen Situation auch mit den eigenen normativen Überzeugungen über Ungleichheit in der Gesellschaft zusammenhängt. Wir haben gefragt: Sind Einkommensunterschiede in der Gesellschaft legitim, weil sie widerspiegeln, was die Menschen aus ihren Möglichkeiten gemacht haben? Personen, die diese Frage bejahen, können als nicht-egalitär bezeichnet werden: Sie sind der Meinung, dass (ein gewisses Maß an) Ungleichheit in der Gesellschaft akzeptabel ist und dass höhere Einkommen verdient sind. Menschen mit egalitären Überzeugungen sind mit dieser Vorstellung nicht einverstanden. Sie denken, dass die Einkommensunterschiede nicht gerecht widerspiegeln, was die Menschen aus ihren Chancen gemacht haben. Entweder sind sie skeptisch, was die zugrundeliegende Chancengleichheit angeht, oder sie halten die bestehende Ungleichheit aus anderen Gründen für nicht legitim. Wir stellen fest, dass diejenigen, die ihr relatives Einkommen unterschätzen, eher egalitäre Überzeugungen vertreten. Sie beantworten auch eher die Frage, ob die Einkommensunterschiede zu groß sind, mit ja.

Die persönliche Erfahrung mit sozialer Mobilität wirkt sich ähnlich aus. Befragte, die das Gefühl haben, dass es ihnen im Vergleich zu ihren Eltern besser geht, sind viel eher der Meinung, dass die bestehenden Einkommensunterschiede gerechtfertigt sind. Offenbar besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der persönlichen Situation und den normativen Ansichten.

Eine der auffälligsten Erkenntnisse, zumindest für uns, ist die Kluft zwischen der Wahrnehmung der persönlichen Situation, der Wahrnehmung der Situation der Gesellschaft insgesamt und den normativen Überzeugungen: Während eine große Mehrheit davon überzeugt ist, dass es in Deutschland schwerwiegende Probleme mit Ungleichheit und sozialer Mobilität gibt, ist die Beurteilung der eigenen Situation im Vergleich weitaus milder. Die meisten Menschen sehen sich in der Mitte – was darauf hindeutet, dass ihre persönliche Erfahrung nicht von großer Ungleichheit geprägt ist. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass der Druck für sozialen Wandel nicht noch größer ist: Die meisten Menschen erleben die Ungleichheit in ihrem täglichen Leben einfach nicht so stark, wie sie objektiv ist. Eine zweite wichtige Erkenntnis ist der Zusammenhang zwischen den normativen Überzeugungen und der Wahrnehmung der eigenen Situation: Je optimistischer die Menschen ihre eigene Situation einschätzen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie egalitäre Überzeugungen vertreten. /

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

30 Der lange Weg ins Feld. *Wie man 3000 Jugendliche befragt*

(S. Garritzmann, K. Pomianowicz, N. Wehl)

Von der Idee zu den Daten: Welche Schritte muss man eigentlich gehen, um Ungleichheitswahrnehmungen bei Schüler*innen zu messen?

Unrühmlicherweise ist das deutsche Bildungssystem international auch für Ungleichheiten bekannt: Kinder von Eltern mit beruflicher Qualifizierung haben eine deutlich geringere Chance, das Abitur zu erreichen oder zu studieren als Kinder von Eltern, die studiert haben. In den Nachrichten sehen wir fast nur Akademiker*innen in Entscheidungspositionen – Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen sind rar unter Politiker*innen und auch allgemein deutlich weniger politisch aktiv als diejenigen mit höherer Bildung.

In unserem Forschungsprojekt interessiert uns daher, wie Jugendliche solche Ungleichheiten wahrnehmen und wie diese Wahrnehmungen ihr schulisches und politisches Engagement beeinflussen. Darüber wissen wir kaum etwas – dabei sagt uns die Sozialisationsforschung, wie wichtig die Jugendzeit als formative Phase ist: Jugendliche beginnen sich über ihren familiären und schulischen Kontext hinaus stärker



„Eine Doku über Schüler*innen einer Hauptschule hat mich sehr motiviert. Jugendliche haben ein ausgeprägtes Bewusstsein für Ungleichheit – und für ihre eigene Betroffenheit.“



Katja Pomianowicz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Clusterprojekt „PerFair“.

für Politik und Gesellschaft zu interessieren, ihren eigenen Platz in der Gesellschaft zu definieren und ihre (politischen) Grundeinstellungen herauszubilden. Daher fragen wir: Sind sich schon Schüler*innen der sozio-ökonomischen Ungleichheiten untereinander bewusst? Ahnen sie bereits, dass beispielsweise Bildungschancen ungleich verteilt sind? Wenn ja: Wie beurteilen sie derartige Ungleichheiten? Und wie reagieren sie darauf: Mit Resignation oder zusätzlicher schulischer Anstrengung und politischem Engagement?

Ein gewaltiges Datenerhebungsprojekt, das so einige Herausforderungen mit sich bringt! Wo bekommt man all die Schüler*innen her, die Fragebögen ausfüllen? Wie überzeugt man die Schulen und Lehrkräfte, kostbare Unterrichtszeit dafür bereitzustellen? Und wie genau erhebt man eigentlich so ein nebulöses und diffuses Konzept wie „Ungleichheitswahrnehmungen“? →



Nadja Wehl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Clusterprojekt „PerFair“.

„Vielleicht bekommen wir hier einen Vorgeschmack, was die Jugendlichen von heute in den nächsten Jahrzehnten gesellschaftspolitisch bewegen wird.“

Methodische Herausforderungen

Aber wie erheben wir diese Ungleichheitswahrnehmungen? In unserem Projekt verfolgen wir eine Doppelstrategie. Wir nutzen Elemente, die wir von Erwachsenenbefragungen kennen, vereinfachen manche dieser Fragen und entwickeln viele Fragen neu. Zusätzlich werden „Vignetten“ eingesetzt, das sind kleine Fragebogen-Experimente. Hier stellen wir fiktive Jugendliche mit unterschiedlichen Eigenschaften vor und befragen die Schüler*innen, wie sie die zukünftigen Chancen dieser fiktiven Vignetten Jugendlichen einschätzen. Im Gegensatz zu den direkt gestellten Fragen können wir hiermit auch solche Wahrnehmungen erfassen, die bei Schüler*innen nur unbewusst vorhanden sind oder ungern zugegeben werden.

Ob die Schüler*innen unsere Fragen so verstehen, wie wir hoffen, haben wir im Juni in sogenannten kognitiven „Pretests“ erprobt. Dabei füllen Schüler*innen Teile des Fragebogens aus, und wir vollziehen nach, wie sie bestimmte Worte, Fragen oder Grafiken verstanden haben, indem wir sie gezielt darüber befragen. Dieser Schritt war für uns sehr spannend und erhellend: Nach monatelangem Theoretisieren über unsere Fragebögen konnten wir endlich erleben, wie die Schüler*innen tatsächlich mit ihnen umgehen. Auf Basis dieser Pretests haben wir den gesamten Fragebogen in einem großen Projekt-Workshop überarbeitet (der durfte sogar erstmals wieder live stattfinden, eine große Erleichterung!).

Im Dezember soll der überarbeitete Fragebogen nun in einer Pilotstudie an zunächst acht Schulen eingesetzt werden. Dabei wollen wir nicht nur Daten sammeln, sondern auch die Praxis der Erhebung selbst erproben: Wie springen die Beteiligten auf das Thema an? Klappt die Kommunikation und Terminkoordination mit den Schulen? Wie lange dauert die Umfrage in den Klassen?

Projekt PerFair

- Umfrage an Schulen in Baden-Württemberg & Sachsen im Herbst 2022 und 2024
- Je Bundesland 1.500 Schüler*innen der 7. Klasse (Alter: 12-13 Jahre), die 2024 in der 9. Klasse erneut befragt werden
- Zusätzliche Befragung der Klassenlehrer*innen und Eltern

Herausforderungen beim Feldzugang

Auch wenn an diesen acht Schulen alles klappt: Wie können wir nun insgesamt 3.000 Schüler*innen in 200 Klassen für die eigentliche Hauptbefragung gewinnen? Der Zugang zu den Schulen ist in Deutschland streng geregelt und muss durch die Kultusministerien genehmigt werden. Mit einem Vorlauf von sechs Monaten müssen die Fragebögen tipp-topp fertig sein – schließlich konkurrieren wir auch mit anderen großen Studien wie PISA und NEPS um Zeit. Und dabei herrscht an den Schulen pandemiebedingt immer noch großer Nachholbedarf. Die Kultusministerien scheinen wir jedoch überzeugt zu haben, uns Zugang zu den Schulen (zumindest für die Pilotstudie) zu gewähren. Eine wichtige Hürde haben wir also schon genommen!

Selbst mit der Erlaubnis der Kultusministerien und ihrer Unterstützung ist die Teilnahme der Schulen aber freiwillig. Das stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen, schließlich sind Schüler*innen wie Lehrkräfte bereits durch ihren eigenen Schulalltag gut beschäftigt.

Die Teilnahme an der Studie dauert etwa drei Stunden – das muss erst einmal im Stundenplan untergebracht werden. Für uns bedeutet das viel Überzeugungsarbeit, um Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen für unser Projekt zu gewinnen. Neben ansprechenden Anschreiben war ein informativer Flyer daher Pflicht. Außerdem bieten wir den Beteiligten an, die Ergebnisse ihrer Mühen auch zu erfahren, beispielsweise indem wir bei ihnen vor Ort einen Vortrag halten oder ein Lernmodul gestalten. Ob unser Studieninteresse und diese Materialien genügend Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen überzeugen, an unserer Studie teilzunehmen, wird sich bald zeigen – es bleibt also spannend im Projekt PerFair! /

Konzeptionelle Herausforderungen

Um den Nebel um unser Grundkonzept zu lichten, machten wir uns zunächst an die Systematisierung der Literatur zu Ungleichheitswahrnehmungen. Als interdisziplinäres Team – wir kommen aus der Politik-, Sprach- und Erziehungswissenschaft sowie Soziologie – kamen wir schnell auf 3.000 Seiten Lesestoff, die über 100 Definitionen und Methoden anboten. Kommunikationshemmnissen zum Trotz, seien es disziplinär unterschiedliche Vorstellungen oder pandemiebedingte Online-Meetings, haben wir daraus ein gemeinsames Verständnis entwickelt. Wir unterscheiden dabei (1) gesellschaftliche Ungleichheiten, beispielsweise Einkommensungleichheit oder ungleiche Karrierechancen, und (2) Ungleichheiten im Schulalltag, beispielsweise die Verteilung von Bildungschancen unter gesellschaftlichen Gruppen, die sich etwa nach Geschlecht oder Herkunft unterscheiden.

Zusätzlich haben wir vier Wahrnehmungsdimensionen ausgemacht, die mit folgenden Fragen beschrieben werden können: (1) Sind sich Jugendliche verschiedener Arten von Ungleichheit bewusst? (2) Finden sie diese Ungleichheiten gerechtfertigt oder unfair? (3) Auf welcher Basis treffen sie eine solche Bewertung? (4) Was sehen sie als Gründe für Ungleichheit? Das Zusammenwirken dieser Wahrnehmungsdimensionen kann entscheiden, ob und wie sich das Erkennen einer bestimmten Ungleichheit auf den weiteren Bildungsverlauf und die politische Teilhabe auswirkt: So könnte ein männlicher Schüler sich im Vergleich mit Mädchen als ungleich benotet wahrnehmen. Glaubt er nun, dass die ungerecht empfundene Benotung an seinem Geschlecht liegt, könnte ihn das dazu verleiten, dass er sich in der Schule nicht weiter anstrengt. Eine Schülerin mit Migrationshintergrund könnte finden, dass Ausländer*innen in der Gesellschaft diskriminiert werden, weil sie nicht genügend politische Vertreter*innen haben; das könnte sie motivieren, sich politisch zu engagieren.

„Als interdisziplinäres Team muss man inhaltlich erst einmal den gemeinsamen Nenner finden. Aber es lohnt sich! Jetzt haben wir eine größere, umfassendere Perspektive.“



Susanne Garritzmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Clusterprojekt „PerFair“.

IM WEITWINKEL

Der Blick auf die Nachbarn: Warum sich 34 die meisten zur Mittelschicht zählen

(K. Payne)

Reale Einkommen sind höchst ungleich verteilt: Die große Mehrheit befindet sich am unteren Ende des Spektrums, einige wenige Superreiche an der Spitze. Dennoch denken die meisten Menschen, sie gehören zur „Mittelschicht“, und stets hält sich rund die Hälfte der Bevölkerung für reicher als der Durchschnitt. Unsere Forschung beleuchtet die psychologischen Hintergründe dieser Mittelschichtillusion.

Die meisten Menschen zählen sich selbst zur „Mittelschicht“ – in Deutschland, den USA und vielen anderen Industrienationen. Wenn sie ihr Einkommen oder Vermögen mit dem anderer Menschen vergleichen, stufen sich die meisten als durchschnittlich ein. Das ergibt intuitiv Sinn, denn tatsächlich liegen die meisten Menschen bei den meisten Dingen nahe dem Durchschnitt. Bei Einkommen und Vermögen geht diese Wahrnehmung jedoch völlig an der Realität vorbei. Denn Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt: Der großen Mehrheit am unteren Ende des Spektrums stehen einige wenige Superreiche an der Spitze gegenüber. Warum also schätzen so viele Menschen ihre eigene Position konsequent falsch ein?

Um diese Mittelschichtillusion zu verstehen, habe ich gemeinsam mit dem Psychologen Joshua Jackson kürzlich eine Reihe von Studien durchgeführt. Ausgangspunkt unserer Untersuchungen waren zwei gut belegte psychologische Phänomene. Erstens: Wir beurteilen unsere eigene ökonomische Stellung vor allem dadurch, dass wir uns mit anderen vergleichen. Verglichen mit einem Millionär fühle ich mich ärmer; verglichen mit einem Sozialhilfeempfänger fühle ich mich reich. Allerdings vergleichen wir uns nicht willkürlich mit irgendwelchen Personen. Die meisten Menschen vergleichen sich mit Menschen, die ihnen ähnlich sind. Reiche vergleichen sich vor allem mit Reichen und schließen daraus, dass sie im Durchschnitt liegen. Arme vergleichen sich hauptsächlich mit Armen und wähnen sich folglich ebenso im Durchschnitt. Der Vergleich mit Menschen in ähnlicher Position führt dazu, dass alle den Eindruck bekommen, sie befänden sich in der Mitte.

Das zweite Phänomen ist unser mangelndes Verständnis für große Zahlen. Zwar ist allen klar, dass eine Milliarde mehr ist als ein Tausend, aber wie gigantisch die Differenz wirklich ist, verstehen die wenigsten. Je größer die Zahl, desto mehr unterschätzen wir ihre tatsächliche Größe. Angenommen, ich vergleiche mich mit einem Milliardär wie Jeff Bezos (was nur selten vorkommt, siehe oben). Mich nur mit einem Milliardär zu vergleichen, würde mir das Gefühl geben, in extremer Armut zu leben – vorausgesetzt, ich erfasse das tatsächliche Ausmaß dieses Unterschieds. Doch wenn die Menschen kein Gespür für große Zahlen haben, fällt der Vergleich mit Herrn

Bezos vielleicht doch nicht grundlegend anders aus als der mit dem Nachbarn, der das etwas hübschere Haus hat. Fehlendes Verständnis für große Zahlen bewirkt, dass Menschen sich näher am Durchschnitt wähnen, als sie es tatsächlich sind.

Um diese psychologischen Faktoren zu testen, haben wir ein Experiment mit einer Stichprobe von 350 US-Bürger*innen durchgeführt, die so ausgewählt wurden, dass sie die allgemeine US-Bevölkerung hinsichtlich Haushaltseinkommen, politischer Präferenz und ethnischer Herkunft widerspiegeln. Den Teilnehmenden wurde nach dem Zufallsprinzip eine von drei möglichen Prämien für die Teilnahme an der Studie zugewiesen (niedrig, mittel oder hoch). Die Prämien wurden als „Punkte“ beschrieben, die am Ende der Studie in Geld umgetauscht werden konnten. Um die subjektive Wahrnehmung zu messen, baten wir die Teilnehmenden, ihre Prämie auf einer Skala von „sehr niedrig“ bis „sehr hoch“ zu bewerten, nachdem sie gesehen hatten, welche Prämien andere Teilnehmende erhalten hatten.

Wie erwartet wurden die Bewertungen der Teilnehmenden durch ihre Vergleiche beeinflusst. Verglichen sie sich mit anderen Teilnehmenden, die weniger verdienten, schätzten sie ihre eigene Prämie höher ein; verglichen sie sich jedoch mit anderen, die mehr verdienten, schätzten sie ihre eigene Prämie niedriger ein. Von großen Zahlen waren die Bewertungen der Teilnehmenden hingegen nicht beeinflusst: Ihre Bewertungen waren niedriger, wenn sie sich mit denjenigen verglichen, die mehr verdienten – aber sie waren nicht dramatisch niedriger, wenn sie sich mit anderen verglichen, die dramatisch mehr verdienten.

Außerdem haben wir die Ähnlichkeit der sozialen Vergleiche manipuliert, die die Teilnehmenden anstellten. Eine Gruppe sah Prämienwerte aus dem gesamten Prämienpektrum. Die andere Gruppe sah einen engen Bereich von Prämien, die ihrer eigenen ähnlich waren. Wie erwartet stimmte das subjektive Einkommen nur dann mit dem tatsächlichen Einkommen überein, wenn die Teilnehmenden sich mit der gesamten Bandbreite der anderen verglichen. Im Gegensatz dazu fühlten sich die meisten Teilnehmenden beim Vergleich mit ähnlichen Personen „durchschnittlich“.

Diese Mittelschichtillusion ist unter anderem deshalb wichtig, weil wir unsere Entscheidungen oft nicht auf der Grundlage unseres objektiven, sondern unseres wahrgenommenen Eigeninteresses treffen. Stimmt das wahrgenommene Eigeninteresse jedoch nicht mit dem tatsächlichen ökonomischen Eigeninteresse überein, treffen Menschen oft Entscheidungen, die ihrem tatsächlichen Interesse zuwiderlaufen. Um zu

prüfen, ob dies für das wahrgenommene Einkommen zutrifft, haben wir Daten aus dem General Social Survey analysiert, einer großen, national repräsentativen Studie zu Einstellungen in den USA. Unsere Annahme war dabei, dass Menschen, die sich ärmer als der Durchschnitt fühlen, eher eine Politik unterstützen würden, die den Einkommenschwachen hilft. Diejenigen, die sich reicher als der Durchschnitt fühlen, würden sich demnach eher gegen staatliche Transferleistungen aussprechen und stattdessen Steuererleichterungen für die Reichen befürworten.

Wir haben untersucht, inwieweit die Selbsteinschätzungen der Teilnehmenden hinsichtlich ihres Einkommens (auf einer Skala von weit unterdurchschnittlich bis weit überdurchschnittlich) mit ihrer Unterstützung für unterschiedliche politische Maßnahmen in Bezug auf Steuern und staatliche Transferleistungen übereinstimmen. Das tatsächliche Einkommen wurde dabei statistisch herausgerechnet, sodass die Einschätzungen des wahrgenommenen Einkommens nur widerspiegeln, wie reich oder arm sich die Teilnehmenden selbst einschätzten, unabhängig von der Realität. Es zeigte sich, dass diejenigen, die sich reicher als der Durchschnitt fühlten, für Steuersenkungen und den Abbau staatlicher Leistungen waren, während diejenigen, die sich ärmer als der Durchschnitt fühlten, das Gegenteil befürworteten.



Keith Payne ist Professor für Psychologie und Neurowissenschaften an der University of North Carolina Chapel Hill und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Clusters.

Viele Wirtschaftsmodelle treffen die folgende Annahme: Wenn die Ungleichheit zu groß werde, würden die Menschen erkennen, dass einige wenige Wohlhabende viel mehr haben als die Mehrheit der normalen Menschen. Dann würden sie eine Politik zur Verringerung der Ungleichheit befürworten. Aber da die meisten Menschen ihr Einkommen als „durchschnittlich“ empfinden, fühlt sich die Hälfte der Bevölkerung immer reicher als der Durchschnitt. Diese Wahrnehmungsvision steht der Eindämmung der Ungleichheit im Weg.

Unsere Forschung zeigt, wie die Mittelschichtillusion abgebaut werden kann. Wenn die Menschen besser verstehen, wie ungleich die Einkommen wirklich verteilt sind und welche Position sie in dieser Verteilung einnehmen, können sie sich ein genaueres Bild machen. Eine Möglichkeit der Sensibilisierung für diese Problematik sind Aufklärung und die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse, um der Öffentlichkeit das wahre Ausmaß der wirtschaftlichen Ungleichheit zu verdeutlichen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, Kontakte zwischen Personen zu fördern, die sich ökonomisch stark voneinander unterscheiden. So würden die Menschen dazu befähigt, politische Entscheidungen anhand eines genaueren Verständnisses ihrer wirtschaftlichen Eigeninteressen zu treffen. /

AUS UNSERER FORSCHUNG

„Es sind die Werte, die wir schaffen“.

Ansichten zur

36 *Ungleichheit*

unter Spitzen-

*verdiener*innen*

(K. Hecht)

In der Debatte über steigende Ungleichheiten wird „das eine Prozent“ zunehmend als ein wichtiges Thema gesehen. Wie aber nehmen seine Angehörigen selbst ihr Einkommen wahr? Katharina Hecht hat mit Spitzenverdiener*innen gesprochen, um der Frage auf den Grund zu gehen.



Die Bedeutung
der Bezahlung nach
Leistung

37

Viele der Befragten erklärten, dass

Einkommensgerechtigkeit, Ungleichheit und das Konzept der Leistungsgesellschaft sind in den letzten Jahren breit diskutiert worden. Thomas Pikettys Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat die Öffentlichkeit für das Thema wirtschaftliche Ungleichheit sensibilisiert. In Deutschland hat die Coronapandemie die Frustration über die niedrige Bezahlung von Arbeitskräften in der Pflege, im Einzelhandel und anderen systemrelevanten Bereichen verstärkt. Am anderen Ende des Spektrums wurden die hohen Gehälter des obersten Prozents der Einkommensverteilung als Aspekt einer wachsenden Ungleichheit thematisiert. Wie nehmen Spitzenverdiener*innen die hohen Einkommen in ihrer Branche wahr? Halten sie sie für gerecht?

Zur Beantwortung dieser Frage habe ich Personen in Großbritannien befragt, die mit ihrem Einkommen zum obersten Prozent der Einkommensverteilung gehören. Die meisten dieser 30 Spitzenverdiener*innen sind Männer, leben in London und arbeiten in der Finanzbranche. Zu ihren Arbeitgebern zählen Investmentbanken, Hedgefonds und Anwaltskanzleien.

das Einkommen in ihrer Branche „leistungsabhängig“ sind. Grundgedanke der leistungsabhängigen Vergütung ist, dass das Gehalt den individuellen ökonomischen Beitrag einer Person zum Unternehmenserfolg widerspiegelt. Als Soziologin betrachte ich die leistungsorientierte Vergütung als einen kulturellen Prozess, der zunehmend in der Geschäftswelt praktiziert wird. Wie mir die Befragten erläuterten, kann eine leistungsorientierte Vergütung an der Börse und im Investmentbanking anhand quantitativer Messgrößen in Form von Hedgefonds-Vergütungsstrukturen und „Formeln“ errechnet werden. Genannt wurden jedoch auch qualitative oder „subjektive“ Leistungsbewertungen.

Ein Beispiel für eine leistungsorientierte Bezahlung sind die Vergütungsstrukturen von Hedgefonds. Diese basieren auf der Marktperformance. Hedgefonds beziehen ihr Einkommen aus einer standardisierten finanziellen Bewertung der Einnahmen ihrer Firma anhand der branchenüblichen Formel „2 und 20“. Das heißt: Sie erhalten eine fixe Verwaltungsgebühr von jährlich 2 Prozent für die angelegte Summe sowie 20 Prozent der erzielten Gewinne. Verwaltet also jemand einen Hedgefonds mit 100 Millionen Pfund, beträgt der jährliche Verdienst mindestens 2 Millionen Pfund plus 20 Prozent des Wertzuwachses über diese 100 Millionen Pfund hinaus. →

In_equality

N° 2, Oktober 2021

ISSN 2748-5420

Vorstand

Prof. Dr. Marius R. Busemeyer (Sprecher)

Prof. Dr. Claudia Diehl (Co-Sprecherin)

Prof. Dr. Nils B. Weidmann (Co-Sprecher)

Universität Konstanz

Exzellenzcluster

„The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10

78464 Konstanz

T +49 7531 88-5772

cluster.inequality@uni-konstanz.de

Redaktion und

Projektmanagement

Claudia Diehl

Jessica Haase

Paul Töbelmann

Lektorat

Paul Stoop

Paul Töbelmann

Korrektorat

Susanne Darabas

Übersetzung

Carsten Bösel

Gestaltung

yella park, Aachen

Druck

Druck & Verlag Kettler GmbH, Bönen

Texte in Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.

Online-Version und Abonnement

<https://ungleichheit.uni.kn/magazin>

Der Exzellenzcluster „The Politics of Inequality.

Perceptions, Participation and Policies“

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, ungerecht verteilte Bildungschancen, der weltweite Aufstieg von Populisten, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

Der Exzellenzcluster dankt der Universität Konstanz und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ihre Förderung und Unterstützung.

Gefördert durch:



inequality.uni.kn

 @EXCInequality

Bildnachweise

S. 6 Ines Janas

S. 8 IMAGO / sepp spiegl

S. 11 Ines Janas

S. 12 Ines Janas

S. 21 Ines Janas

S. 22 IMAGO / Westend61

S. 25 DIW Berlin (links),

Inka Reiter (Mitte), Ines Janas (rechts)

S. 27 Ines Janas (oben), Privat (unten)

S. 31 IMAGO / Panthermedia (oben),

Ines Janas (unten)

S. 32 Ines Janas

S. 33 Privat

S. 35 Tamara Lackey

S. 37 IMAGO / Jochen Tack

S. 40 IMAGO / Westend61

S. 41 Privat

S. 48 IMAGO / Addictive Stock

S. 51 Asja Caspari

In_equality magazin

Leistungsbezahlung legitimiert höchste Einkommen

Alistair war früherer Gesellschafter bei einer Investmentbank und gab an, dass er zwar besorgt über die „angespannte Weltlage“ sei, aber dennoch extreme Einkommen für gerechtfertigt halte, solange sie auf wirtschaftlicher Leistung beruhen: ↗

Er bekannte sich auch zur Idee der Leistungsgesellschaft: „... diese Vorstellung, dass nur zählt, ob man gut war in dem, was man tat, und die Tatsache, dass man ständig von anderen bewertet wurde ... das gefiel mir!“ Außerdem, so Alistair, gebe eine leistungsorientierte Bezahlung den Menschen das Gefühl, das Geld „verdient“ zu haben: ↗

Nach dieser Auffassung rechtfertigt die Beteiligung an den Gewinnen der Investmentbank ein Spitzeneinkommen.

„Ich habe früher viele Leute bei [einer renommierten Investmentbank] bezahlt, und ich weiß, wie gnadenlos leistungsorientiert das war. Und ich weiß, dass diese Leute tatsächlich viel mehr Geld für die Firma erwirtschaftet haben, als wir ihnen gezahlt haben, also habe ich mich deswegen überhaupt nicht schlecht gefühlt.“ Alistair

„Wenn man Gesellschafter in einer Firma wie der ist, in der ich Gesellschafter war ... wenn man zur Gesellschafterversammlung geht... nachdem alle Gehälter gezahlt und alle Rechnungen beglichen sind ... dann weiß man, das ist die Gesamtsumme, die wird geteilt durch [die Anzahl der Gesellschafter], und das ist das, was man rausbekommt. Hat man dann das Gefühl, das Geld verdient zu haben? Absolut.“ Alistair

Ansichten zur Ungleichheit unter Spitzenverdiener*innen

Leistungsorientierte Bezahlung ist wichtig für die Wahrnehmung von Ungleichheit

Die leistungsbezogene Vergütung lenkt den Blick auf enge, wirtschaftliche Bewertungskriterien. Die Hauptkriterien, die die Befragten verwendeten, waren ökonomischer Natur – es waren genau dieselben, mit denen der Beitrag der Menschen in ihrer Branche bewertet wird.

Nach dieser ökonomischen Sichtweise, die die Befragten mehrheitlich vertraten, spiegeln Spitzeneinkommen den wirtschaftlichen „Beitrag“ oder den „geschäftlichen Wert“ wider – und sind deshalb verdient. Der Fokus auf enge, ökonomische Bewertungskriterien definiert Einkommensunterschiede – und seien sie noch so groß – als Ergebnis des Marktwettbewerbs und daher als leistungsorientiert und gerechtfertigt.

Ted zum Beispiel, ein Hedgefonds-Manager mit einem Jahreseinkommen „zwischen 5 und 50 Millionen Pfund“ hielt Ungleichheit, gemessen am Anteil der Spitzeneinkommen, für nicht relevant: ↗

Die Wahl von extrem leistungsstarken Spitzensportler*innen als Vergleichsgruppe ist sehr vielsagend. Erzählungen wie diese implizieren seltene Fähigkeiten und ein hohes Maß an Wettbewerbsfähigkeit. Die Sportlererzählungen in der Stichprobe waren auch geschlechtsspezifisch: Die Referenzgruppe der Befragten waren weiße, männliche Sportler. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit früheren Studien, die festgestellt haben, dass Frauen als weniger wettbewerbsfähig eingeschätzt und ihre Leistungen seltener als „exzellente“ beschrieben werden. Für Ted sind extrem hohe Einkommen Ausdruck außergewöhnlicher Leistungen (wie eben der von Chris Froome). Daher macht er sich keine Sorgen über Ungleichheit – und erwähnt in einer Randbemerkung die „Trickle-Down-Theorie“, nach der der Wohlstand der Reichsten in andere Gesellschaftsschichten durchsickert. →

„Wenn ein sebr, sebr kleiner Teil der Menschen sebr reich wird, dann werden alle anderen mit der Zeit auch immer reicher. Was soll daran falsch sein? Das ist so, als würde ich jammern und sagen: ‚Chris Froome ist einfach ein viel besserer Radfahrer als ich, weil er zu den 0,001 Prozent der Radfahrer gehört, die ewig mit 30 Stundenkilometern bergan fahren können, und ich kann das nicht. Die Ungleichheit im Radsport nimmt nur deshalb zu, weil Chris Froome immer besser wird.‘ Das ist einfach keine sebr vernünftige Art, über die Welt nachzudenken. Mir geht es nicht um Ungleichheit, mir geht es darum, dass alle in irgendeiner Weise wohlhabend werden.“ Ted

39

Analog zu sportlichen Spitzenleistungen stellten die Befragten die Spitzeneinkommen als Ausdruck von außergewöhnlichem Talent dar. Da der Markt den individuellen Beitrag (d. h. die eigene Leistung) bewertet, ist jeder Einkommensunterschied – gleich welcher Größenordnung – gerechtfertigt. Die oben zitierten Finanz- und Hedgefonds-Manager vertraten die ökonomische Sichtweise, betrachteten die Marktergebnisse mit hin als verdient und machten sich über Ungleichheit keine Gedanken.

Bewertung der leistungsorientierten Vergütung nach sozialen Kriterien: Sichtweise einer Minderheit

Während die ökonomische Sichtweise betont, dass die leistungsorientierte Vergütung jeden Einkommensunterschied rechtfertigt, solange er auf dem wirtschaftlichen Beitrag beruht, legt eine

40 Minderheit der Befragten breitere, auch soziale Bewertungskriterien an. Für diese sozial Reflektierten ist Ungleichheit ein Anlass zur Sorge. Sie hinterfragten im Gespräch Bewertungspraktiken, die Wert allein in Form von Geld messen, und äußerten Bedenken bezüglich der Höhe der Spitzeneinkommen im Vergleich zu anderen Einkommen. Diese Befragten übten Selbstkritik: Sie hinterfragten ihren eigenen „Wert“ im Vergleich zu dem viel größeren „sozialen Beitrag“ anderer. Hier die Gedanken von Margaret, einer jungen Finanzexpertin: ↗

Margaret stellte ihr Einkommen anderen gegenüber, die aus ihrer Sicht gesellschaftlich wertvollere Berufe ausüben. Sozial reflektierte Befragte wie sie sehen Ungleichheit als Problem und argumentieren, dass Spitzeneinkommen niedriger sein sollten.

„Ich finde es nur sehr schwer vereinbar, dass ich so viel mehr verdiene als ein Feuerwehrmann, eine Krankenschwester oder eine Ärztin. Sie tun eindeutig etwas, das aus meiner Sicht, in meinem Wertesystem, viel wichtiger ist. Mit [meinem Einkommen] könnte man sieben Lehrkräfte bezahlen! Warum bekommen diese Leute so wenig Geld, und warum bekommen Leute wie ich so viel? Ist das richtig? Und hat der Staat deshalb die Aufgabe, das auszugleichen? Ich bin jedenfalls nicht der Ansicht, dass ich 140.000 Pfund wert bin, das steht fest.“ Margaret



„Hat man dann das Gefühl, das Geld verdient zu haben? Absolut.“

41

Wie andere sozial reflektierte Vetreter*innen in der Stichprobe hielt auch Jonathan Spitzeneinkommen nicht für gerecht. Daher befürwortete er eine höhere Besteuerung für Menschen wie ihn.

Diese Untersuchung zu Spitzenverdiener*innen hat Implikationen für die Gesellschaft. Wenn wir etwas gegen die Ungleichheit unternehmen wollen, müssen wir darüber nachdenken, wie Gehälter – auch die an der Spitze – festgelegt werden. Wir müssen uns ernsthaft fragen: Was betrachten wir als „verdient“? Welche Kriterien legen wir an, wenn wir den Beitrag der Menschen bewerten? Die leistungsorientierte Vergütung ist eng auf wirtschaftliche Kriterien ausgerichtet. Andere Studien haben ergeben, dass leistungsbezogene Vergütung die Ungleichheit verstärken kann. Meine Untersuchung zeigt, dass leistungsorientierte Vergütung wirtschaftliche Ungleichheit legitimiert, weil sie auf meritokratische Weise zustande gekommen ist... zumindest in den Augen des obersten Prozent. /

In der sozial reflektierten Sichtweise werden Marktergebnisse nicht automatisch als gerecht betrachtet und umfassendere Bewertungskriterien wie soziale Gerechtigkeit und Fairness herangezogen. Jonathan, ein Hedgefonds-Manager, der sehr an Soziologie interessiert ist und mehr über meine Forschung erfahren wollte, bezifferte sein Jahreseinkommen auf etwa 15 Millionen Pfund. Er erklärte, dass er „absurd viel Geld verdienen kann, ohne dass sich jemand beschwert, weil auch meine Kunden sehr glücklich sind, wenn ich ihnen viel Geld einbringe“. Er würde es jedoch vorziehen, wenn der Anteil der Spitzeneinkommen „halbiert“ würde, denn: ↗

„Was ich verdiene oder was die Leute in meiner Firma verdienen, kann niemand als gerecht bezeichnen. So ist halt einfach der Markt ... Ist das gerecht? Nein, es ist nicht gerecht, und deshalb sollte es besteuert werden, und deshalb sollte ich viel höhere Steuern zahlen ... Aber ich glaube, ich bin eine Minderheit unter den Hedgefonds-Managern (lacht). Denn ich bin sicher, sie würden alle sagen, dass sie es verdienen, aber wie kann man sagen, dass man es verdient, das ist lächerlich!“ Jonathan



Katharina Hecht ist Postdoc am Cluster und Visiting Fellow der International Inequalities Institute der London School of Economics.

In_equality Conference 2022

06.–08.
April 2022

Wann werden Ungleichheiten als Problem wahrgenommen? Wie beeinflusst diese Wahrnehmung politische Partizipation? Wie wirkt die Politik auf strukturelle Ungleichheit? Diskutieren wir diese und weitere Fragen auf der In_equality Conference 2022!

→ www.inequality-conference.de

**13.01.
2022**

50 Jahre vhs
Festveranstaltung
anlässlich des
50. Geburtstages
der vhs Landkreis
Konstanz e.V., in
Kooperation mit
dem Cluster

Festvortrag mit
anschließender
Podiumsdiskussion:
**Prof. Dr. h.c.
Jutta Allmendinger,
Ph.D.** – „Bildung
schafft Lebens-
chancen: Wege aus
der Ungleichheit“,
**Bodenseeforum
Konstanz & online**

**17.–19.
03.2022**

„Ungleichheit,
Frieden und Konflikt“
53. Kolloquium der Arbeits-
gemeinschaft für Friedens-
und Konfliktforschung e. V.
(AFK), **Universität
Konstanz**

43

TERMINIERT

In_equality Colloquium im Wintersemester 2021/2022
Dienstags, 11:45 – 13:15 Uhr (Raum Y213 und online)

*Das vollständige Programm und
Teilnahmeinformationen für das
Cluster Colloquium finden sich
unter → [https://inequality.uni.kn/
cluster-colloquium](https://inequality.uni.kn/cluster-colloquium)*

2021

26.10.

Aina Gallego
„Workplace Automa-
tion and Digitalization:
Implications for Poli-
tical Behaviour“

23.11.

Thomas Soehl
„The Effect of Refu-
gee Sponsorship on
Labor Market Inte-
gration: Evidence
from Syrian Refugees
in Canada“

14.12.

Simon Jäger
„The Distribution of
Labor Market Power
and Inequality“

25.01.

Alice el-Wakil
„Agenda-Setting
and Democracy“

09.11.

Mans Hulden
„Language Techno-
logy and Language
Vitality among
Minority Languages
in Europe“

07.12.

**Sam Bowles und
Katrin Schmelz**
„Institutions Affect
Preferences: Control
Aversion under Liberal
and Authoritarian
Regimes“

2022

18.01.

Heike Klüver
„The Electoral Impact
of Social Influencers“

01.02.

Cornelia Kristen
TBA

News

MITGETEILT

Fernzugriff auf SOEP-Daten: Infrastruktur für die Forschung am Cluster

Seit Ende 2019 bietet der Cluster an der Universität Konstanz nun einen Fernzugriff auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) an. Auf diese Weise können alle Forschenden der Universität Konstanz über eine sichere Verbindung direkt aus dem Clustergebäude auf die Mikrodaten des SOEP zugreifen (mehr Informationen → <https://ungleichheit.uni.kn/forschung/methods-bub/forschungsdaten/soep-fernzugriff/>).

Hier berichten zwei Konstanzer Forschende, wie sie diese Infrastruktur nutzen:

44 „Wir untersuchen, wie sich fremdenfeindliche Einstellungen auf die Integration von Flüchtlingen in Deutschland auswirkt. Die Unterstützung für die AfD dient uns als Indikator für individuelle Einstellungen. Die zufällige Zuweisung von Asylbewerber*innen in Deutschland nutzen wir dabei als Quasi-Experiment. Hierfür war es sehr hilfreich, direkt am Cluster Zugriff auf die Daten zu bekommen, die das SOEP auf Gemeindeebene bereitstellt. Schließlich kann sich das Wahlverhalten, aber auch die Integration innerhalb eines Landkreises von Gemeinde zu Gemeinde unterscheiden. Die Absprache, der Import der Daten aus Berlin und die Bereitstellung des Raumes hat super geklappt. Ich freue mich bereits darauf, für Überarbeitungen meines Projektes (und noch manches anderes Projekt in der Zukunft) zurückzukommen.“
/ Pia Schilling, 16. Juli 2021

„Für unser Projekt über die Folgen des Fernsehens für die Gesellschaft nutzen mein Kollege Manuel Hoffmann und ich die Daten des SOEP auf Landkreisebene. In den späten 1980er-Jahren war das Privatfernsehen in einigen Gegenden bereits über terrestrische Frequenzen zu empfangen, in anderen nicht: unsere Kontrollgruppe in diesem natürlichen ‚Experiment‘. Die Daten des SOEP über die Wohnregion der Teilnehmer, mit deren Hilfe wir Haushalte mit und ohne Zugang zum Privatfernsehen identifizieren können, sind nun sehr sensibel. Deshalb haben wir über Jahre hinweg unzählige E-Mails schreiben und persönlich nach Berlin reisen müssen. Dank des Secure Data Room des Clusters mit seinem Fernzugriff und der großzügigen Unterstützung insbesondere von Thomas Wöhler können wir unsere erste Veröffentlichung nun viel schneller herausbringen. Ganz zu schweigen von einem Spin-off-Projekt, an dem wir bereits arbeiten – natürlich vor Ort, im sicheren Datenraum des Clusters.“ / Adrian Chadi, 26. Juli 2021

VIELBEACHTET

Der Cluster & seine Mitglieder in den Medien.
(Auswahl, April – September 2021)

Claudia Diehl
BR24live: „Endet die Solidarität bei der Impfbereitschaft?“
(Bayerischer Rundfunk und ARD-Alpha, 12. August 2021)

Florian Kunze
Podcast: „Homeoffice: Muss ich jemals wieder ins Büro fahren?“, von Tina Zeinlinger und Jan Guldner (WirtschaftsWoche, 10. August 2021)

Daniel Thym
„Am Ziel vorbei“, von Andrea Dernbach (Tagesspiegel, 06. August 2021)

AUSGEZEICHNET

Ebrungen, Mitgliedschaften, Rufe und Preise für
Personen aus dem Cluster (April – September 2021)

Friedrich Breyer
„Grenzen der gesetzlichen Rente“
(ARD-alpha, 20. Juli 2021)

Katrin Schmelz
„Empfehlungen zur Steigerung der Impfbereitschaft“, mit Ralf Krauter
(Deutschlandfunk, 15. Juni 2021)

Wolfgang Seibel
„Wenn man beim Test nicht mal den Ausweis zeigen muss“, mit Julius Stucke (Deutschlandfunk Kultur, 31. Mai 2021)

Marius R. Busemeyer
„German voters’ view of personal wealth causes problems for the left“, von Philip Oltermann
(The Guardian, 26. Mai 2021)

Thomas Hinz
„Eine Million Teilnehmer“, von Jan-Martin Wiarda (jmwiarada.de, 04. Mai 2021)

Sebastian Koos
Sendung „Zapp“: „Querdenken“-Demos: Gewalt gegen Journalist*innen“ (NDR, 21. April 2021)

Prof. Dr. Marius R. Busemeyer wurde zum 01. April 2021 für drei Jahre als Senior Fellow des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) berufen. Außerdem wurde er am 28. Mai 2021 zum Mitglied der Heinrich-Böll-Stiftung gewählt.

Prof. Dr. Claudia Diehl wurde in die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz berufen. Diese wird sie zukünftig in Bildungsfragen der Migrations- und Integrationsforschung beraten.

Prof. Dr. Almuth Scholl wurde in den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen gewählt. Sie bringt ihre Expertise in Makroökonomik und Fiskalpolitik in das Beratungsgremium ein.

Dr. Nathanael Sumaktoyo hat einen Ruf als Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der National University of Singapore erhalten.

Prof. Dr. Christina Zuber wurde auf die reguläre Professur für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung berufen. Sie ist damit die erste Person, die erfolgreich den Tenure Track am Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz durchlaufen hat.

ANGEKOMMEN

Neue Clustermitarbeiter*innen und PIs
(April – Oktober 2021)

Ankush Asri

Postdoctoral Researcher, Clusterprojekt: „Agents of Social Change? The Intangible Benefits of Female Social Entrepreneurs“

Aina Gallego

External Senior Fellow

Iris Hespeler

Managing Office, Assistenz der Geschäftsführung

Viola Asri

PI, Clusterprojekt: „Agents of Social Change? The Intangible Benefits of Female Social Entrepreneurs“

Mans Hulden

External Senior Fellow

Prisca Jöst-Brenneis

Postdoctoral Research Fellow

Nils-Christian Bormann

External Senior Fellow

Olga Leshchenko

Independent Doctoral Fellow

Valentina Consiglio

Doctoral Researcher, Clusterprojekt: „The Politics of Labor Market Inequality and Occupational Mobility“

Max Lobeck

Postdoctoral Research Fellow

Caspar Dohmen

Journalist-in-Residence

Jana Mayer

Doctoral Researcher, Clusterprojekt: „Administrative Inequality: The Case of Foreign Nationals in Germany“

Alice el-Wakil

Postdoctoral Research Fellow, Zukunftskolleg und Cluster

Lisa Mende

Doctoral Researcher, Clusterprojekt: „Administrative inequality in handling requests for German citizenship“

Ingrid Espinoza

Doctoral Researcher, Clusterprojekt: „Inequality in Street-Level Bureaucracy: Linguistic Analysis of Public Service Encounters“

Matteo Piolatto

Postdoctoral Researcher, Clusterprojekt: „COVID-19 Policies for Gender Equality“

Laurin Friedrich

Doctoral Researcher, Clusterprojekt: „Inequality in Street-Level Bureaucracy: Linguistic Analysis of Public Service Encounters“

Tamara Rathcke

PI, Clusterprojekt: „Perceptions of Political Charisma in Low-Status Speakers“

Katrin Schmelz

Affiliated Researcher

Nanna Lauritz Schönhage

Postdoctoral Researcher, Clusterprojekt: „Inequality Barometer“

Gabriele Spilker

PI, Professorin für International Politics – Global Inequality

Maj-Britt Sterba

Postdoctoral Researcher, Clusterprojekt: „Political Elites and Inequality: Information, Heuristics and Policy“

Sophia Stutzmann

Independent Doctoral Fellow

Kia Vahland

Journalist-in-Residence

Judit Vári

Postdoctoral Researcher, Clusterprojekt: „Perceptions of Political Charisma in Low-Status Speakers“

Simon Weschle

External Senior Fellow

Theresa Wieland

Independent Doctoral Fellow

Sergio Zanotto

Independent Doctoral Fellow

Anne Zunftmeister-Mertke

Managing Office, Veranstaltungsmanagement

News

Abreu, L., Koebach, A., Díaz, O., Carleial, S., Hoeffler, A., Stojetz, W., Freudenreich, H., Justino, P., & Brück, T. (2021)
Life With Corona: Increased Gender Differences in Aggression and Depression Symptoms Due to the COVID-19 Pandemic Burden in Germany. *Frontiers in Psychology* 12, 2705. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2021.689396>

Abou-Chadi, T., & Kurer, T. (2021)
Economic Risk within the Household and Voting for the Radical Right. *World Politics* 73(3), 482–511. <https://doi.org/10.1017/S0043887121000046>

Busemeyer, M. R., & Sahm, A. H. J. (2021) → Social Investment, Redistribution or Basic Income? Exploring the Association Between Automation Risk and Welfare State Attitudes in Europe. *Journal of Social Policy*. <https://doi.org/10.1017/S0047279421000519>

Colas, M., Findeisen, S., & Sachs, D. (2021)
Optimal Need-Based Financial Aid. *Journal of Political Economy* 129(2), 492–533. <https://doi.org/10.1086/711952>

Diehl, C., & Wolter, F. (2021)
Attitudes About Containment Measures During the 2020/2021 Coronavirus Pandemic: Self-Interest, or Broader Political Orientations? *Research and Politics*. <https://doi.org/10.1177/20531680211035319>

Eckhard, S. (2021)
Bridging the Citizen Gap: Bureaucratic Representation and Knowledge Linkage in (International) Public Administration. *Governance* 34(2), 295–314. <https://doi.org/10.1111/gove.12494>

← **Keremoğlu, E., Hellmeier, S., & Weidmann, N. B. (2021)**
Thin-Skinned Leaders: Regime Legitimation, Protest Issues, and Repression in Autocracies. *Political Science Research and Methods*. <https://doi.org/10.1017/srm.2021.19>

Koos, S. (2021c)
Moralising Markets, Marketizing Morality: The Fair Trade Movement, Product Labeling and the Emergence of Ethical Consumerism in Europe. *Journal of Nonprofit & Public Sector Marketing*. <https://doi.org/10.1080/10495142.2020.1865235>

Munzert, S., Selb, P., Gohdes, A., Stoetzer, L. F., & Lowe, W. (2021)
Tracking and Promoting the Usage of a COVID-19 Contact Tracing App. *Nature Human Behaviour* 5(2). <https://doi.org/10.1038/s41562-020-01044-x>

Prein, T. M., & Scholl, A. (2021)
The Impact of Bailouts on Political Turnover and Sovereign Default Risk. *Journal of Economic Dynamics and Control*, 124. <https://doi.org/10.1016/j.jedc.2020.104065>

Rittsteiger, L., Hinz, T., Oriwol, D., Wäsche, H., Santos-Hövenner, C., & Woll, A. (2021)
Sports Participation of Children and Adolescents in Germany: Disentangling the Influence of Parental Socioeconomic Status. *BMC Public Health*, 21. <https://doi.org/10.1186/s12889-021-11284-9>

Schmelz, K., & Bowles, S. (2021)
Overcoming COVID-19 Vaccination Resistance when Alternative Policies Affect the Dynamics of Conformism, Social Norms, and Crowding Out. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 118(25). <https://doi.org/10.1073/pnas.2104912118>

Traber, D., Hänni, M., Giger, N., & Breunig, C. (2021) → Social Status, Political Priorities and Unequal Representation. *European Journal of Political Research*. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12456>



PUBLIZIERT

Veröffentlichungen aus dem Cluster
(Auswahl, erschienen April – September 2021)





LAUT GEDACHT

Ungleichheits- perspektiven *in* *Zeiten der Krise* (F. Rohrbeck)

Nach großen Krisen, so lehrt uns die Geschichte, öffnen sich historische Zeitfenster, in denen das scheinbar Unmögliche möglich wird. Radikale Ideen erscheinen plötzlich weit weniger radikal, die gesellschaftliche Ordnung wird durcheinandergewirbelt und neu ausgehandelt. „Krisen“, so hat es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im September 2018 formuliert, gut ein Jahr vor Beginn der Coronapandemie, „haben stets auch Geschichte geprägt.“

Das gilt auch für die Geschichte der Ungleichheit, schreibt der Princeton-Historiker Walter Scheidel. In einem knapp 700 Seiten dicken Buch ist er ihr nachgegangen, vom alten Ägypten übers Mittelalter bis in die Gegenwart. In normalen Zeiten, das ist Scheidels zentrale These, ver- 49
stärkt sich die Ungleichheit quasi von selbst, die Reichen werden reicher, Einkommens- und Vermögensunterschiede wachsen. Nur vier „apokalyptische Reiter“ hätten die Ungleichheit wirklich signifikant vermindert: Kriege, Revolutionen, totales Staatsversagen und – das macht sein Buch so unerwartet aktuell – verheerende Pandemien.

Natürlich konnte Scheidel, als er 2018 sein Buch vollendete, noch nicht ahnen, dass bald darauf eine Jahrhundertpandemie das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben lahmlegen würde. Auch weist er zu Recht darauf hin, dass sich aus einer geschichtlichen Analyse nur

Nichts verändert die Wahrnehmung von ökonomischer Ungleichheit so sehr wie große Katastrophen. In der Coronakrise könnte das auch politische Konsequenzen haben.

begrenzt Prognosen für die Zukunft ableiten lassen. Und doch steht die Frage natürlich im Raum: Ist die Coronakrise auch eine Chance, wachsende Ungleichheiten stärker zu begrenzen? Wird sie am Ende gar als „großer Gleichmacher“ – wie der Originaltitel von Scheidels Buch, „The Great Leveler“, lautet – in die Geschichtsbücher eingehen? →

Scheidel erläutert zwei Mechanismen, durch die große Katastrophen ökonomischer Ungleichheit entgegenwirken können. Der erste hat unmittelbar mit Tod und Zerstörung zu tun: Wenn Fabriken und Häuser in Kriegen weggebombt werden, wird Vermögen vernichtet. Das trifft alle, aber vor allem die, die viel besitzen. Ein weiteres Beispiel sind die Pestepidemien im Mittelalter. Damals starben so viele Menschen, dass die Feudalherren Mühe hatten, überhaupt noch Arbeiter zu finden. Die Löhne verdoppelten oder verdreifachten sich, die Renditen der Landbesitzer gingen zurück. Ungleichheit verringerte sich, wenn auch auf eine schreckliche Art und Weise, die sich niemand wünscht.

Diese Art unmittelbarer Ungleichheits-Nivellierung durch Tod und Zerstörung lässt sich in der Coronakrise nicht beobachten. Im Gegenteil: Besonders hart hat die Pandemie in vielen Ländern die unteren und mittleren Einkommensgruppen getroffen. Die wirklich Wohlhabenden konnten ihr Vermögen sogar noch mehren. Der Club der Superreichen mit einem Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen Dollar wuchs 2020 laut einer Studie der Boston Consulting Group um 6.000 auf rund 60.000 Personen. Vor allem der Börsenboom hat ihnen noch mehr Geld in die Kassen gespült. Allein die zehn reichsten Menschen hätten während der Pandemie mehr verdient, als die Impfung aller Menschen auf der Erde kosten würde, rechnet Oxfam vor.

Dieser Mechanismus nivellierender Krisenwirkung ist in Coronazeiten nicht zu beobachten. Scheidel nennt aber Beispiele für einen zweiten, komplexeren Mechanismus, nach dem Krisen die Wahrnehmung von Ungleichheit verändern und politische Transformationen auslösen können. Ein Beispiel ist der Zweite Weltkrieg. Viele Menschen mussten große Opfer hinnehmen, waren Soldaten, wurden vertrieben oder verloren ihren Besitz. Wer anschließend noch vermögend war, galt als Glückspilz oder Kriegsgewinnler. Reichtum wurde als ungerecht wahrgenommen. Was folgte, waren oft hohe Abgaben auf Vermögen, etwa der deutsche „Lastenausgleich“ von 1952, eine Steuer von 50 Prozent auf das gesamte Vermögen, die in Raten abbezahlt wurde. Sie machte Deutschland, wie der Bonner Ökonom Moritz Schularick bilanziert, „zu einem der egalitärsten Länder in der frühen Phase des Nachkriegsbooms“.

„Corona könnte nun der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt.“

Auch die Coronakrise, so viel lässt sich jetzt schon sagen, hat die Wahrnehmung ökonomischer Ungleichheit verändert. Nicht mehr nur Linke und Sozialdemokrat*innen kritisieren, dass sich große Teile des Vermögens in wenigen Händen ballen. Auch in der Financial Times wird inzwischen gefordert, dass „die Privilegien der Wohlhabenden auf den Prüfstand“ müssen. Und sogar der Internationale Währungsfonds, einst so etwas wie der Inbegriff neoliberalen Denkens, warnt vor der wachsenden Ungleichheit auf der Welt und fordert eine Vermögenssteuer, um die Reichen an den Kosten der Coronakrise zu beteiligen. „In der Pandemie“, so hat es *DIE ZEIT* Anfang 2021 zusammengefasst, „verschiebt sich das weltweite ökonomische Denken nach links.“

Ein ähnlicher Effekt war allerdings auch schon nach der letzten großen Krise zu beobachten,

der Finanzkrise 2008/2009. Dass Banken mit Steuergeldern gerettet wurden, obwohl sie die Krise mit verursacht hatten, wurde von vielen Menschen als zutiefst ungerecht empfunden. Die gesamte Idee kaum regulierter Märkte, in denen Ungleichheit als akzeptabel, vielleicht sogar notwendige Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand angesehen wurde, verlor an Überzeugungskraft. Die Occupy-Bewegung formierte sich und demonstrierte lautstark gegen die Macht der Banken und die massive ökonomische Ungleichheit. Ihr Slogan „We are the 99 percent“ zielte direkt auf die Superreichen.

Und doch hat sich dann erstaunlich wenig getan: Große Reformen blieben aus, die Occupy-Bewegung verschwand so schnell wieder, wie sie gekommen war, die Ungleichheit wuchs weiter. Aus der Empörung der Menschen folgten kaum politische Konsequenzen.

Könnte es nun wieder ganz ähnlich kommen?

Zwei Unterschiede zur

Finanzkrise lassen sich ausmachen: Zum einen trifft das transformative Potenzial der Coronakrise auf ein bereits deutlich stärkeres Grundrauschen aus Stimmen, die unzufrieden sind mit der hohen Ungleichheit. Beschäftigte sich vor zehn Jahren nur eine Handvoll Ökonom*innen mit dem Thema, ist es heute im politischen Mainstream angekommen. Schon vor Jahren haben Politiker*innen wie Bernie Sanders oder Elizabeth Warren in den USA damit Wahlkampf gemacht. Corona könnte nun der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt. Waren es nach der Finanzkrise vor allem junge Aktivist*innen, die forderten, dass das eine Prozent der Reichsten für die Krise zahlen sollte, ist es nun auch US-Präsident Joe Biden.

Zum anderen bestand ein Problem der Occupy-Bewegung darin, dass ihre Forderungen so unkonkret waren, dass sie politisch kaum Widerhall finden konnten. Inzwischen aber ist man auch hier weiter. Sehr konkrete Vorschläge, etwa vom Berkeley-Ökonomen Gabriel Zucman, liegen nun auf dem Tisch und sind bereits in die Programme linker Politik eingeflossen. Ob ihre Zeit gekommen ist, hängt wohl auch davon ab, wie lange die Pandemie noch anhält – und wie hoch der Schaden am Ende ausfällt. Walter Scheidel jedenfalls sieht das so: Je schlimmer und länger die Krise, desto wahrscheinlicher seien echte Veränderungen. /

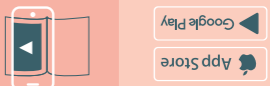



Felix Rohrbeck ist Wirtschaftsjournalist und arbeitet vor allem investigativ. Er gehört zu den Thomas Mann Fellows 2021 und war 2020 als Journalist-in-Residence am Cluster.

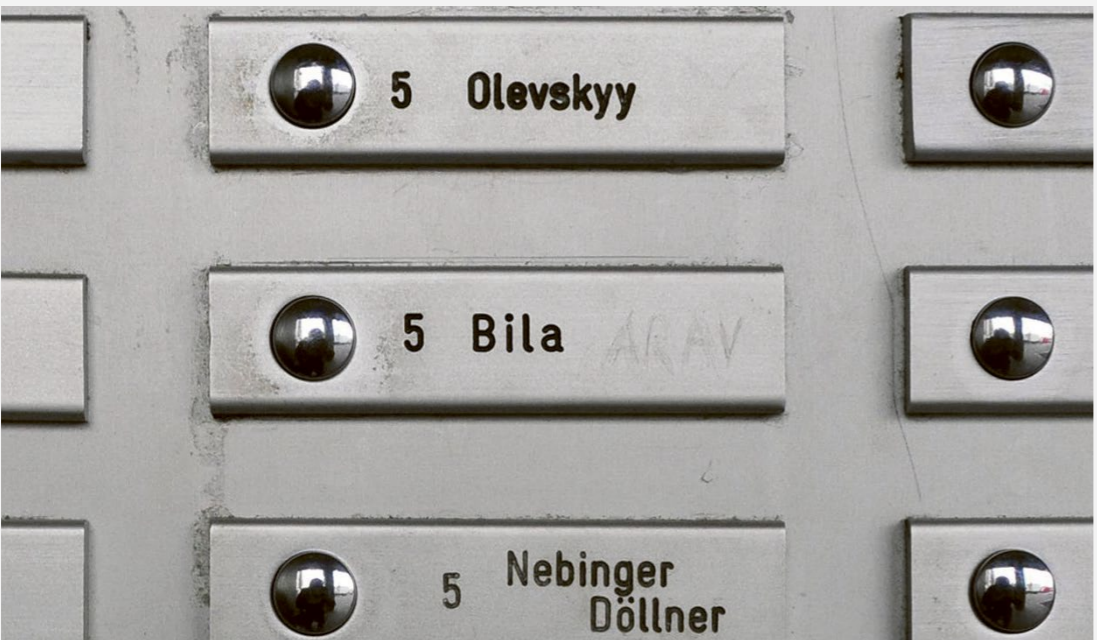
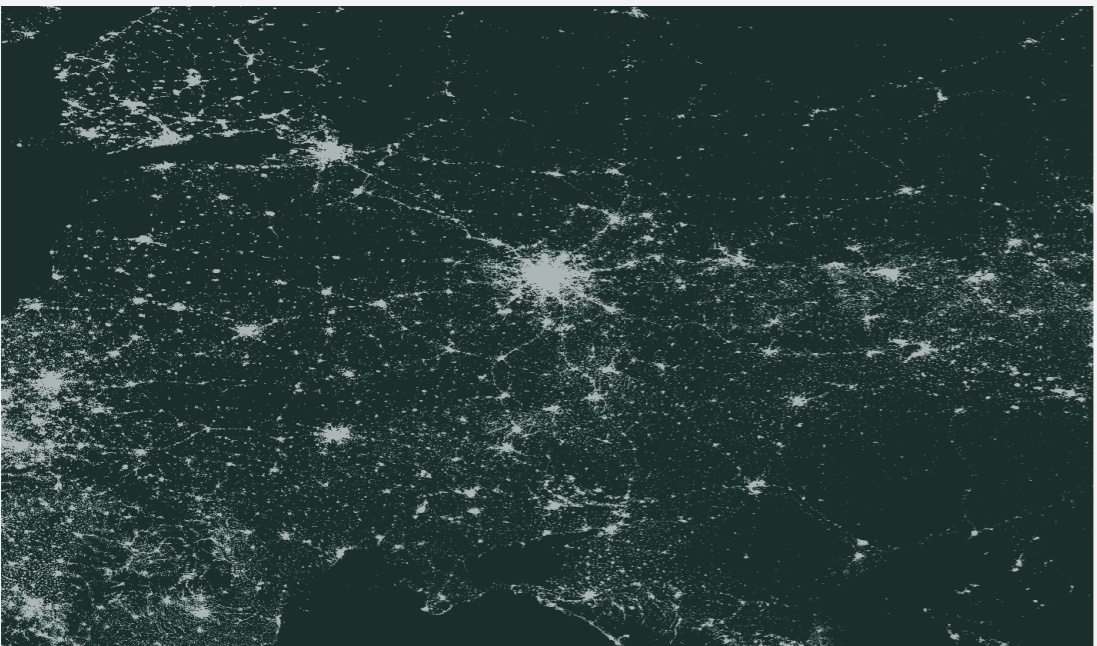
New perspectives on our research using Augmented Reality!

To see more, download the cost-free app "Artivive" on a mobile device and scan the page.

1. ARTIVIVE
2. SCAN


PERSPECTIVES



Neue Perspektiven auf unsere Forschung mit Augmented Reality!

Um mehr zu sehen, einfach die kostenlose App „Artivive“ auf ein mobiles Endgerät laden und damit die Seite scannen.

1. ARTIVIVE
2. SCAN




PERSPEKTIVEN